

**Caroline Bolz, Robert Grimm, Alexandra Schoen,
Laura Wolfs, Armgard Zindler**

Entlastung gesucht

Gute Politik für Frauen mit
geringem Einkommen

FÜR EIN BESSERES MORGEN

FÜR EIN BESSERES MORGEN

Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung 2018–2020

Wachsende soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung, Migration und Integration, die Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung, die ungewisse Zukunft der Europäischen Union – Deutschland steht vor tief greifenden Herausforderungen.

Auf diese muss die Soziale Demokratie überzeugende, fortschrittliche und zukunftsweisende Antworten geben. Mit dem Projekt „Für ein besseres Morgen“ entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge und Positionen für sechs zentrale Politikfelder:

- Demokratie
- Europa
- Digitalisierung
- Nachhaltigkeit
- Gleichstellung
- Integration

Gesamtkoordination

Dr. Andrä Gärber leitet die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Projektleitung

Severin Schmidt ist Referent für Sozialpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Kommunikation

Johannes Damian ist Referent für strategische Kommunikation dieses Projektes im Referat Kommunikation und Grundsatzfragen.

Die Autor_innen

Caroline Bolz, Research Trainee beim Markt- und Meinungsinstitut Ipsos

Dr. Robert Grimm, Leiter von Ipsos Germany

Alexandra Schoen, Senior Research Executive Quantitative Forschung bei Ipsos

Laura Wolfs, Senior Research Executive Qualitative Forschung bei Ipsos

Armgard Zindler, Senior Research Executive Quantitative Forschung bei Ipsos

Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich

Dr. Uta Kletzing ist Referentin für Geschlechter- und Familienpolitik im Forum Politik und Gesellschaft.

Dr. Stefanie Elies leitet das Forum Politik und Gesellschaft.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie hier:

www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen

Weitere Informationen zum Thema

Geschlechtergerechtigkeit und -politik finden Sie hier:

www.fes.de/gender

Caroline Bolz, Robert Grimm, Alexandra Schoen,
Laura Wolfs, Armgard Zindler

Entlastung gesucht

Gute Politik für Frauen mit
geringem Einkommen

1.	VORWORT	2
2.	AUSGANGSLAGE UND METHODIK	4
2.1	Hintergründe und Forschungsfragen	4
2.2	Forschungsstand und -methodik	5
3.	ZENTRALE ERGEBNISSE	8
3.1	Die Lebensrealitäten in Zahlen: Erwerbssituation, Lebens- und Sorgesituation, Betreuungssituation	8
3.2	Die Lebensrealitäten im Licht der Lebensentwürfe	9
3.3	Gründe für die wirtschaftlichen und sozialen Lebensrealitäten	12
3.4	Zwischenfazit	15
4.	DIE ROLLE VON (GESCHLECHTER- UND FAMILIEN-)POLITIK FÜR FRAUEN MIT GERINGEM EINKOMMEN	17
4.1	Beteiligung und Präferenz bei Wahlen	17
4.2	Geschlechter- und familienpolitische Maßnahmen auf dem Prüfstand ...	19
5.	TYOLOGIE VON FRAUEN MIT GERINGEM EINKOMMEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	23
5.1	Typisierung der Lebensrealitäten	23
5.2	Handlungsempfehlungen an die Politik	24
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	30
	Literaturverzeichnis	31

1.

VORWORT

„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ Diese Messlatte, die Gustav Heinemann in der Ära des Deutschen Wirtschaftswunders an eine „gute Gesellschaft“ anlegte, gilt einmal mehr in Zeiten, in denen die Verwerfungen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates dazu beitragen, dass die „schwächsten Glieder“ zahlenmäßig mehr und schwächer werden.

Die vorliegende Studie nimmt diejenigen Menschen in den Blick, die zu den Schwächsten unserer Gesellschaft gehören, weil sie unter starkem wirtschaftlichem Druck stehen und die unverändert unzureichenden Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerb und Fürsorge sie besonders treffen: **Das sind die Frauen mit geringem Einkommen.** Sie sind als Frauen von vornherein anders im Arbeitsmarkt positioniert als Männer – und das einmal mehr, wenn sie Mütter sind und/oder ältere Angehörige betreuen, weil diese Tätigkeiten nach wie vor mehr an den Frauen „hängen bleiben“ als an den Männern.

Warum diese Studie? In den vergangenen Jahrzehnten und auch in dieser Legislaturperiode wurde politisch einiges auf den Weg gebracht, um ein besseres Einkommen auch für geringfügig oder im Niedriglohnsektor Beschäftigte zu erreichen. Auch wurden beispielsweise mit dem Ausbau und der kostenfreien Nutzung von Kita-Plätzen bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie geschaffen. Vor allem Frauen profitieren von diesen Verbesserungen, auch wenn hier noch einiges mehr seitens Politik und Wirtschaft zu tun ist. Gleichzeitig stellen wir fest, dass gerade Frauen oft in traditionellen Geschlechterrollen verharren und zu den politisch Enttäuschten gehören.

Unzufriedenheit von Menschen findet auch in ihrer Wahlentscheidung Ausdruck. Bei der letzten Bundestagswahl wurde erstmals seit Jahrzehnten wieder eine rechtspopulistische Partei gewählt. Auch Frauen wählen Rechtspopulismus: 17 Prozent der Frauen in Ostdeutschland und acht Prozent der Frauen in Westdeutschland haben ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Warum wählen Frauen Rechtspopulist_innen? Und zugespitzter gefragt: Wegen oder trotz des Angebotes, wieder zu einer traditionellen häuslichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung zurückzukehren? Ist die Alternative für Deutschland eine Alternative für Frauen, die sich von traditionellen Geschlechterrollen Entlastung erhoffen?

Frauen wenden sich aber auch von den Angeboten der Sozialen Demokratie ab. Was hat das mit der Geschlechter- und

Familienpolitik im Bund und in den Ländern der letzten Jahre zu tun? Welchen Parteien werden die geschlechter- und familienpolitischen Reformen zugerechnet? Und welchen Frauen und Familien haben sie wirklich Entlastung gebracht – und welchen nicht? Hatten Frauen und Familien der ökonomisch erfolgreichen Mittelschicht Vorrang vor denen in unteren Einkommenschichten?

Frauen mit geringem Einkommen sind in der Regel in Erwerbsverhältnissen, die von „guter Arbeit“ weit entfernt sind. Das bedeutet zum einen, dass jeder Cent zählt, besonders für die Mütter unter ihnen. Das bedeutet zum anderen, die Vereinbarkeit mit Fürsorge für Kinder und/oder ältere Angehörige ist mit prekären Jobs noch schwieriger zu erlangen als mit anderen Jobs. Denn die notwendige Zeitsouveränität fehlt, und das Einkommen ist zu gering, um mögliche Betreuungslücken privat kompensieren zu können. Für Frauen ohne Partnerschaft kommt hinzu, dass die Möglichkeiten des partnerschaftlichen Auffangens finanzieller Engpässe oder nicht abgedeckter Fürsorgebedarfe nicht vorhanden sind. Nicht zuletzt sind Frauen unterhalb der Mittelschicht von Abstiegs- und Altersängsten durchdrungen, selbst wenn sie mit ihrer aktuellen Lebenssituation zufrieden sind.

Gleichzeitig kämpfen gerade Frauen mit geringem Einkommen auch um Anerkennung, denn ihr unter erschwerten Bedingungen erbrachter alltäglicher Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird nicht ausreichend gewürdigt.

Deshalb fragen wir in dieser Studie: **Wie sieht ein „besseres Morgen“ für Frauen unterhalb der Mittelschicht aus; wodurch lassen sich ihre Lebensrealitäten verbessern?**

In Deutschland bestehen aufgrund unterschiedlicher historischer Ausgangslagen hinsichtlich des Selbstverständnisses von Frauen in Bezug auf Gleichberechtigung und Vereinbarkeit einige Unterschiede zwischen Ost und West. Die These ist: Auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution wirken diese Unterschiede nach. Daher haben wir unsere Fragen an Frauen in Ostdeutschland und in Westdeutschland gerichtet und ihre Antworten vergleichend betrachtet. **Welche ostdeutschen und westdeutschen Spezifika lassen die Lebensrealitäten erkennen, und wieviel Angleichung hat stattgefunden?**

Eine Erkenntnis aus der vorliegenden Studie ist: Die hohe Zustimmung zu den geschlechter- und familienpolitischen Maß-

nahmen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden, zeigt: Der eingeschlagene Weg ist richtig. Aber er bringt noch nicht genug Entlastung für Frauen mit geringem Einkommen. Das „bessere Morgen“ ist für sie nicht absehbar – und auch nicht genug als Angebot der Sozialen Demokratie erkennbar.

Das sind wegweisende Erkenntnisse für eine politische Stiftung, die soziale Teilhabe und politische Teilhabe in enger Verbindung sieht und verbessern will. Diese Studie liefert wichtige Ergebnisse und politische Handlungsempfehlungen, um Frauen mit geringem Einkommen ein „besseres Morgen“ zu eröffnen.

Wir danken den Autor_innen von Ipsos für die gute Zusammenarbeit sowie den Kolleg_innen der FES aus dem Team „Geschlechtergerechtigkeit“ für die sehr fruchtbare Kooperation.

DR. UTA KLETZING & DR. STEFANIE ELIES

Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

2.

AUSGANGSLAGE UND METHODIK

2.1 HINTERGRÜNDE UND FORSCHUNGSFRAGEN

„Deutschland geht es gut – sehr gut sogar“ (Kempf 2018). Zitate wie dieses las und hörte man vielfach in den vergangenen zehn Jahren. Die deutsche Wirtschaft wuchs kontinuierlich.

Gleichzeitig, von 2005 bis 2017, stieg aber auch die Armutsgefährdungsquote an. Erst zwischen 2017 und 2018 sank sie wieder minimal um 0,3 Prozent (Statistisches Bundesamt 2019a). Finanzielle Unsicherheit und Armut bestimmen demnach den Alltag vieler Menschen in Deutschland.

Um die Ursachen und Folgen dieser bedrohlichen finanziellen Situation besser zu verstehen, ist es notwendig, zwischen Frauen und Männern und zwischen Ost- und Westdeutschland zu differenzieren. Denn zum einen besteht zwischen Männern und Frauen eine deutliche Entgeltlücke von 21 Prozent sowie eine Rentenlücke von sogar 26 Prozent (Statistisches Bundesamt 2019b; Zeit Online 2019). Armut hat in Deutschland also eine Gender-Komponente. Zum anderen existieren beachtenswerte regionale Unterschiede: Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung divergieren Ost- und Westdeutschland eklatant in Bezug auf die wirtschaftliche Situation der Bürger_innen. Zwar weist die Differenz bei den relativen Einkommen eine sinkende Tendenz auf; und doch hängt finanzielle Unsicherheit auch davon ab, ob man in Ost- oder Westdeutschland lebt (WSI 2019). Die regionalen Unterschiede in der Daseinsvorsorge werden zudem infolge der demografischen Entwicklung und der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen voraussichtlich weiter zunehmen (Fink et al. 2019).

Mit dem Anstieg der Armutsgefährdung veränderte sich auch die politische Landschaft in Deutschland. Die etablierten Volksparteien leiden unter einer Wähler_innenabwanderung, während Parteien und neue Gruppierungen an den (politischen) Rändern deutlichen Zuspruch erfahren. Liefert gerade die Soziale Demokratie unzureichende oder nicht die richtigen Antworten für Frauen in Zeiten struktureller Unsicherheit? Die Wähler_innen nehmen dies offenbar so wahr, denn das Zurückrollen sozialstaatlicher Leistungen wird vielfach als zentraler Grund für die Wähler_innenabwanderung gesehen (Betzelt/Bode 2017; Hilje 2018). Welche Rolle kann zielgerichtete Geschlechter- und Familienpolitik spielen, wenn es darum geht, die individuellen Handlungsspielräume von Frauen zu vergrößern? Kann eine solche Politik Frauen wieder stärker an die Soziale Demokratie binden?

Vor dem Hintergrund der hier geschilderten Problematik wurde Ipsos von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragt, einen wissenschaftlichen Blick auf die Lebensrealitäten von Frauen mit und ohne Kinder unterhalb der Mittelschicht in Ost- und Westdeutschland zu werfen und sie hinsichtlich folgender Fragestellungen zu analysieren: **Wodurch lassen sich die Lebensrealitäten von Frauen unterhalb der Mittelschicht verbessern?** Welche Rolle spielt dabei Geschlechter- und Familienpolitik, und inwiefern beeinflusst sie die Beteiligung und Präferenzen dieser Frauen bei Wahlen? Parallel hierzu sollte auch die Frage beleuchtet werden, inwieweit sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Lebensrealitäten von Ost- und Westdeutschland erkennen lassen.

In einem ersten Schritt wurde eine Analyse empirischer Studien durchgeführt, die sich auf die Themenbereiche prekäre Einkommenslagen, Barrieren zur Entfaltung des Lebensentwurfs, Treiber der Wahlentscheidung in prekären Lebenslagen und Relevanz von Geschlechter- und Familienpolitik konzentriert. Die zentralen Ergebnisse der Recherche und die darauf basierenden Implikationen für die vorliegende Studie werden im Folgenden genauer erläutert.

2.2 FORSCHUNGSSTAND UND -METHODIK

Die Forschungsperspektive der vorliegenden Studie lehnt sich an den Lebenslagenansatz an.¹ Die Lebenslage wird maßgeblich, aber nicht ausschließlich, durch die vorhandenen finanziellen Ressourcen bestimmt, da diese einen wesentlichen Rahmen für individuelle Handlungsspielräume setzen. Prekäre Einkommenslagen, um die es in der Studie geht, können relativ objektiv bestimmt werden – etwa mithilfe des Äquivalenzeinkommens.

Das Netto-Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Menschen, die ein Netto-Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens haben, gelten nach EU-Standards als armutsgefährdet – und befinden sich somit in einer prekären Einkommenslage.²

Die in dieser Studie untersuchten Frauen beziehen ein Einkommen, welches unterhalb von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens liegt. Dies ist das durch die Befragten-Auswahl einheitlich gestaltete Merkmal der befragten Frauen.

Jedoch ist Armut nicht gleich Armut. Zur vollständigen Beschreibung der Lebenslagen von Menschen gehört neben der Einkommenslage auch der Blick auf ihr Lebensumfeld, beispielsweise die unterschiedliche Unterstützung, die ihnen durch Freund_innen und Familie zuteilwird, oder weitere Einflussfaktoren auf die individuelle Fähigkeit, den Alltag zu meistern. Zur Lebenslage gehört auch, wie Menschen ihre persönliche Lebensrealität selbst bewerten. Für diese Bewertung spielt eine Rolle, inwiefern die Lebenslage dem eigenen Lebensentwurf entspricht oder nicht und wie sehr die eigene

Lebensrealität vom Lebensentwurf abweicht und aus welchen Gründen.

Die Lebensentwürfe von Frauen treffen laut Forschungsstand auf folgende strukturellen Einflüsse, die Abweichungen in der Lebensrealität vom Lebensentwurf bedingen können:

Die Beschäftigungsform von Frauen verändert sich oftmals mit der Familiengründung, weil die Fürsorgepflichten mit dem Beruf vereinbart werden müssen. Das hat jedoch häufig weitreichende Folgen. Nicht mehr in Vollzeit arbeiten, wie es besonders auf Mütter in Westdeutschland zutrifft³, bedeutet zum einen unmittelbare finanzielle Einbußen in der Gegenwart wie für die Zukunft hinsichtlich der Rente. Zum anderen werden die Einbußen weiter verstärkt, wenn die familienbedingte Teilzeitphase dauerhaft berufliche Aufstiegschancen und damit Einkommenschancen verringert bzw. begrenzt.

Gleichzeitig hat der Umbau des Sozialstaats zu Abstiegsängsten in der Gesellschaft geführt, die die Menschen in ihren möglicherweise unbefriedigenden Arbeitsverhältnissen verharren lässt. Im Zuge der Agenda 2010 nahm der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu, und die Angst vor fehlender sozialer Absicherung stieg an (Betzelt/Bode 2017). Die Angst vor dem Abstieg infolge von Hartz-IV-Bezug wird als Grund dafür genannt, dass Arbeitsangebote heute schneller angenommen und schlechte Arbeitskonditionen ertragen werden. Die gesichtete Literatur geht nicht auf mögliche Geschlechterunterschiede ein, weshalb sich ein Blick auf die spezifischen Umstände und Ausprägungen gerade bei Frauen mit und ohne Kinder abermals lohnt.

Angesichts weiterhin bestehender Geschlechterrollen, also geschlechterstereotyper Verhaltenserwartungen, ist davon auszugehen, dass der Alltag zwischen Beruf und Familie für Mütter einmal mehr mit Herausforderungen verbunden ist. Untersuchungen zeigen, dass gerade Mütter mit vielfältigen, oftmals widersprüchlichen Erwartungen seitens ihres Umfelds und der Gesellschaft konfrontiert werden, die sich hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit im Alltag nicht selten als unvereinbar erweisen.

Besonders in Westdeutschland ist das Bild der „Rabemutter“ als Negativbewertung der erwerbstätigen Mutter noch weit verbreitet und prägt zweifelsohne die individuellen Vorstellungen von der guten Vereinbarung von Beruf und Familie. Gleichzeitig sehen sich gerade Mütter unterhalb der Mittelschicht aus finanziellen Gründen gezwungen zu arbeiten, wodurch dem Entscheidungsspielraum bezüglich ihres individuellen Vereinbarkeitsmodells von vornherein Grenzen gesetzt sind.⁴ Die Doppelbelastung aus Familien- und Erwerbsarbeit führt jedoch nicht selten zu einer Überforderung.

Die Folge: Mütter wünschen sich die traditionelle Arbeitsteilung zurück, die sie von der Erwerbsarbeit befreit. Überras-

¹ Das Lebenslagenkonzept wurde beispielsweise auch im ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2001 verwendet (BMAS 2001).

² Das Äquivalenzeinkommen ist ein Wert, der das Gesamteinkommen des Haushalts in Bezug auf die Anzahl der Haushaltsmitglieder (unter Berücksichtigung des Alters) wiedergibt. Es wird angenommen, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen. Es wird u. a. zur Berechnung von Einkommensverteilungen und Armut verwendet (siehe hierzu Statistisches Bundesamt 2019c). Für die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens einer Bedarfsgemeinschaft, zum Beispiel einer Familie, wird die Summe aller Einkünfte nicht durch die Anzahl der Mitglieder, sondern durch ein errechnetes Gesamtgewicht der Bedarfsgemeinschaft geteilt. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird zunächst der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht = 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jede weitere Person im Alter von unter 14 Jahren). Das Addieren dieser Faktoren ergibt schließlich ein Gesamtgewicht für diese Familie. Eine Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren, hat somit eine Gewichtung von 2,1. Anschließend wird das Netto-Haushaltseinkommen durch den Faktor des Gesamtgewichts dividiert, um das Netto-Äquivalenzeinkommen zu berechnen. Im nächsten Schritt wird das berechnete Netto-Äquivalenzeinkommen mit dem bundesweiten Median verglichen. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb der 60-%-Grenze des Medians, so liegt eine prekäre Einkommenslage vor.

³ Dies wird in der Literatur teilweise als „Retraditionalisierung“ bezeichnet. Trotz des Wunsches nach einer gleichberechtigten Partnerschaft arbeiten mit Beginn der Elternschaft Väter häufiger Vollzeit als Mütter (Wippermann 2015).

⁴ Wippermann deutet in seiner Studie darauf hin, dass junge Frauen gerne weniger arbeiten würden, dies jedoch aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht tun können (Wippermann 2016).

schenderweise ist dies laut Wippermann (2015 und 2016) besonders bei jungen Müttern in Ostdeutschland der Fall.⁵ Mit dieser traditionellen Arbeitsteilung gehen jedoch wiederum finanzielle Risiken einher, da sie auf eine stabile Partnerschaft mit einem „Ernährer“ setzt.

Bezüglich der ersten Fragestellung der Studie, wodurch sich die Lebensrealitäten von Frauen unterhalb der Mittelschicht verbessern ließen, zeigt der Forschungsstand also zum einen eine hohe Zerrissenheit von Müttern mit prekärem Einkommen, auf die politische Lösungsansätze eingehen sollten. Zum anderen ist für Ost- und Westdeutschland aufgrund verschiedener soziokultureller Prägungen im Lebensverlauf (Selbstverständnisse, gesellschaftliche Einstellungsmuster bzgl. Vereinbarkeit etc.) von geschlechter- und familienpolitisch relevanten Differenzierungen auszugehen, die bei der Entwicklung politischer Lösungsansätze zu bedenken sind.

Was sagt der Forschungsstand dazu, welche Rolle Geschlechter- und Familienpolitik für die Beteiligung und Präferenzen von Frauen in prekären Einkommenslagen bei Wahlen spielt? Analysen der gesellschaftlichen Schicht unterhalb der Mitte zeigen, dass diese zur Nichtwahl oder zur Wahl der AfD tendiert.⁶ Der hohe Nichtwähler_innenanteil wirft die Frage nach der generellen Relevanz von Politik für das Leben dieser Bevölkerungsgruppe auf. Aus welchen Gründen speziell Frauen unterhalb der Mittelschicht häufig nicht wählen, wird in der gesichteten Literatur kaum thematisiert. Es deutet sich aber an, dass Gefühle von Ausgrenzung und von fehlender Einflussmöglichkeit auf die Politik die Nichtwahl bedingen könnten: Frauen fühlen sich von der Politik nicht repräsentiert, weil sie ihre Interessen nicht vertreten sehen und es ihnen an Vertrauen in das politische System allgemein fehlt.

Die Rolle der geschlechter- und familienpolitischen Politikangebote für die Wahlbeteiligung und -entscheidung von Frauen wurde bisher nicht untersucht, aber einige Forschungsaussagen lassen gewisse Rückschlüsse zu:

Faus et al. (2016) schreiben, dass eine große Mehrheit (84 Prozent) der von ihnen Befragten der Aussage zustimmt, dass Familien mit Kindern mehr Unterstützung benötigen. Diese Zustimmung ist dabei am höchsten unter berufstätigen Männern und Frauen sowie unter alleinerziehenden Männern und Frauen.

Wippermann (2015) hebt hervor, dass Kinderbetreuung als zentrale Grundlage für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt gilt. Ob die Unterstützungsmaßnahmen dann auch tatsächlich unterstützen, hängt maßgeblich von den Familienmodellen und Lebensformen ab, von denen sie ausgehen. Hier kommen Boll und Beblo (2013) zu dem Schluss, dass Geschlechter- und Familienpolitik gemeinhin eher für klassische heteronormative Lebensmodelle gemacht wird.

⁵ Wippermann (2015 und 2016) führt die Hypothese an, dass junge Frauen im heutigen Ostdeutschland infolge der Abwanderung von formell hochqualifizierten Frauen in den Westen oftmals über eine geringere formelle Bildung verfügen und eine traditionelle Werteorientierung aufweisen.

⁶ Betrachtet wurden die in den folgenden Studien vorkommenden Prekariats-Typen: Müller-Hilmer/Gagné (2018); Faus et al. (2016) sowie Wippermann (2016).

Die Geschlechter- und Familienpolitik hat das Potenzial und in gewisser Hinsicht auch die Verpflichtung, Frauen ohne und mit Kindern zu entlasten und ihre Handlungsspielräume zu vergrößern. Wie sie das besser tun kann als bisher, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Zur Forschungsmethodik: Alle untersuchten Frauen befinden sich in einer prekären Einkommenslage und sind zwischen 30 und 70 Jahre alt. Das Mindestalter von 30 Jahren wurde festgelegt, da laut Forschungsstand davon auszugehen ist, dass in diesem Alter ein bestimmter Wendepunkt im Leben erreicht ist: Frauen haben zu diesem Zeitpunkt erste zentrale Weichen zur Erfüllung ihres Lebensentwurfs gestellt oder wurden aus verschiedenen Gründen daran gehindert. Die Frauen ohne Kinder haben bezüglich der eigenen gewünschten bzw. nicht gewünschten Mutterschaft zumindest erste Überlegungen angestellt.⁷ Auch soll in der Studie die sogenannte „Rushhour des Lebens“ (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2019) abgebildet werden, die die „Lebensphase mit hoher zeitlicher Belastung und konzentrierten Lebensentscheidungen“ (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2019) bezeichnet.⁸

Jedoch soll die Studie neben der Fürsorge für Kinder auch die Fürsorge in Form von Pflege abbilden sowie bestimmte Veränderungen in den Lebensrealitäten (z. B. durch Trennungen) mit einbeziehen, die sich meist erst später im Leben einstellen. Das macht die Befragung älterer Frauen erforderlich. Das Höchstalter wurde jedoch auf 70 Jahre festgelegt, weil die Familienphase mit Kindern für die Befragten in diesem Alter noch konkret erinnerbar und damit in der Befragung abrufbar sein sollte.

Hinsichtlich der weiteren Merkmale der Frauen und ihrer Lebensrealitäten wurden in der qualitativen und der quantitativen Befragung jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

Die **qualitative Erhebung (Juli 2019)** bestand aus ethnografischen Einzelinterviews und Fokusgruppen, die jeweils in gleicher Anzahl in Sachsen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurden (siehe Tabelle 1). Die Regionen eignen sich für die Untersuchung der genannten Fragestellungen, da sie einerseits über strukturelle Ähnlichkeiten verfügen (u. a. mit Blick auf Bevölkerungsstruktur, Strukturwandel vs. Strukturkrise,⁹ Mietpreise und Einkommen), andererseits aber unterschiedliche soziokulturelle Prägungen aufzeigen (Ost- und Westdeutschland).

Bei der qualitativen Fallauswahl wurde der Fokus auf die Lebensrealität von Müttern in verschiedenen Lebenssituationen und verschiedenen Altersgruppen gelegt:

⁷ Wippermann (2015: 91) verfolgt ebenfalls diese Forschungsstrategie: „Nach der dritten Lebensdekade, wenn die erste Berufsausbildung abgeschlossen und in der privaten Lebensführung Wahlen getroffen und Weichen gestellt sind, ist ein Vergleich zwischen Wunsch und Wirklichkeit im Hinblick auf die Lebensform aussagekräftig.“

⁸ In der Literatur werden unterschiedliche Zeiträume für diese Lebensphase angegeben, häufig liegt die Grenze bei 45 Jahren.

⁹ Essen befindet sich in einer Region im andauernden Strukturwandel, wohingegen Dresden umgeben ist von einer dauerhaften Strukturkrise. Siehe hierzu Fink et al. (2019: 8).

Tabelle 1
Überblick über die Teilnehmerinnen der qualitativen Untersuchung

qualitative Methoden	Anzahl Erhebungen	Merkmale der Teilnehmerinnen
12 ethnografische Interviews à 120 Min.	4	Alleinerziehende Frauen mit Kindern (30–50 Jahre)
	4	Frauen in Partnerschaft mit Kindern (30–50 Jahre)
	4	Allein lebende Frauen mit Kindern, die nicht mehr im Haushalt leben (51–70 Jahre)
4 Fokusgruppen à 120 Min.	2	Jüngere Frauen (30–50 Jahre) in unterschiedlichen Lebenssituationen
	2	Ältere Frauen (51–70 Jahre) in unterschiedlichen Lebenssituationen

Quelle: eigene Darstellung nach Denk et al. (2015: 367)

Tabelle 2
Überblick über die Teilnehmerinnen der quantitativen Untersuchung

quantitative Methoden	befragte Gruppe	Fallzahl	prozentuale Verteilung
2.000 Online-Interviews à 25 Min.	Mütter	1300	65 %
	Frauen ohne Kinder	700	35 %
	Alleinerziehende Mütter (mit Kindern im Haushalt)	391	37,2 %
	Mütter in Partnerschaft (mit Kindern im Haushalt)	660	62,8 %
	30–39 Jahre	619	31 %
	40–49 Jahre	655	32,8 %
	50–59 Jahre	727	36,4 %

Quelle: eigene Darstellung nach Denk et al. (2015: 367)

- Mütter ohne Partnerschaften (alleinerziehend, allein lebend) und in Partnerschaften
- jüngere Mütter (30–50) und ältere Mütter (51–70)

Darüber hinaus wurden die Teilnehmerinnen anhand einer gezielten Stichprobenziehung (purposive sampling) ausgewählt. Dabei wurden folgende Rekrutierungskriterien berücksichtigt:

- Erwerbssituation: erwerbslose Frauen, Minijobberinnen, Voll- und Teilzeit-Beschäftigte
- Bildung: Teilnehmerinnen mit höherer und niedriger formaler Bildung
- Wahlbeteiligung und -präferenz: Nichtwählerinnen und Wählerinnen aller Parteien¹⁰

Die quantitative Erhebung (August/September 2019)

bestand aus einer Online-Befragung von insgesamt 2.000 Frauen im Alter von 30 bis 59 Jahren, davon 1.300 mit Kindern und 700 ohne Kinder. Die Erhebung fand im gesamten Bundesgebiet statt. Die regionale Verteilung der Befragten ist repräsentativ und entspricht laut Statistischem Bundesamt der tatsächlichen Wohnregion: 18 Prozent der Befragten leben in Ostdeutschland (inklusive Berlin), 82 Prozent in Westdeutschland.

¹⁰ Mix bedeutet, dass wir eine Mischung aus Wahlbeteiligung und Präferenz abbilden, so dass gleichermaßen Nichtwählerinnen und Wählerinnen aller Parteien in der Stichprobe vertreten sind.

3.

ZENTRALE ERGEBNISSE

3.1 DIE LEBENSREALITÄTEN IN ZAHLEN: ERWERBSSITUATION, LEBENS- UND SORGE-SITUATION, BETREUUNGSSITUATION

Die 2.000 nach quantitativer Methode befragten Frauen mit und ohne Kinder beziehen ein prekäres Einkommen und sind 30 bis 59 Jahre alt. In welcher Erwerbs-, Lebens- und Betreuungssituation befinden sie sich?

Erwerbssituation: Die befragten Frauen finden sich in unterschiedlichen Erwerbsmodellen. Insgesamt arbeiten 25 Prozent in Vollzeit und 27 Prozent in Teilzeit. Insgesamt 20 Prozent der Frauen sind nicht erwerbstätig. Mütter sind signifikant häufiger (30 Prozent) in Teilzeit tätig als Frauen ohne Kinder (19 Prozent). Damit bestätigen sich in unserer Studie die Befunde aus bereits existierenden Untersuchungen, dass sich die Erwerbstätigkeit von Frauen mit der Familiengründung verändert (siehe Abbildung 1: Erwerbstätigkeit).

Die Erwerbstätigkeit von Müttern verändert sich außerdem mit dem Alter des jüngsten Kindes. Je jünger das Kind ist, desto seltener sind die Frauen erwerbstätig. Sind die Kinder unter drei Jahre alt, befinden sich insgesamt 35 Prozent der Mütter gegenwärtig in Elternzeit. Nur 18 Prozent von ihnen arbeiten in Vollzeit. Bei Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren ist der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Mütter mit 24 Prozent schon etwas höher, bei Kindern von sechs bis elf Jahren sind es bereits 27 Prozent. Sind die Kinder zwölf Jahre alt oder älter, arbeiten 32 Prozent der Mütter in Vollzeit.

Der Anteil der in Teilzeit arbeiten Mütter ist generell etwas höher als der Anteil der vollzeiterwerbstätigen. Das ist über alle Altersgruppen der Kinder hinweg konstant. Der Trend verhält sich analog zur Vollzeiterwerbstätigkeit: Mit zunehmendem Alter der Kinder steigt der Anteil der Mütter, die in Teilzeit arbeiten. Sind es bei Kindern unter drei Jahren noch 25 Prozent, so sind es bei Kindern über zwölf Jahren bereits 32 Prozent.

Der Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. Müttern hat eine Ost-West-Facette: Frauen in Ostdeutschland (34 Prozent) arbeiten gegenüber Frauen in Westdeutschland (24 Prozent) signifikant häufiger in Vollzeit. Hinzu kommen erhebliche Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Berufstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland. Während die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern im Osten des Landes

als nahezu selbstverständlich betrachtet wird, ist dieses Bild im Westen oft noch negativ besetzt. Die in der Forschungsstandanalyse gewonnene Erkenntnis, dass arbeitende Mütter im Westen als „Rabenmütter“ wahrgenommen werden, bestätigt sich in der quantitativen Befragung. Im Westen ist die Annahme signifikant häufiger vertreten, dass sich eine Vollzeittätigkeit der Mutter negativ auf das Familienleben auswirkt oder die Kinder darunter leiden. Auch wenn die Berufstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland gesellschaftlich weiterhin akzeptiert wird, legen die Gespräche nach qualitativer Methode nahe, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland seit der Wende 1989/90 zunehmend verschlechtert hat. Eine Vollzeiterwerbstätigkeit mit gleichzeitiger Sorge für Kinder und Familie ist nicht mehr gleichermaßen möglich wie zu Zeiten der DDR:

„Man kann früher nicht mit heute vergleichen. Bei uns waren alle Eltern immer voll arbeiten. Die Zeit war trotzdem da für andere Dinge. Die Zeit war anders. Die Mutter hat sich die Kittelschürze angezogen und war zu Hause am Nachmittag.“

Ältere Frau, 51–70 Jahre alt, Dresden

Ein Fünftel aller befragten Frauen ist erwerbslos. Gewollt erwerbslos ist knapp ein Drittel dieser Frauen; darunter befinden sich signifikant häufiger Mütter (35 Prozent) als Frauen ohne Kinder (16 Prozent). Gern einer Arbeit nachgehen würden demgegenüber fast zwei Drittel (63 Prozent). Unter diesen bedauern besonders Frauen ohne Kinder (71 Prozent) sowie Frauen aus Ostdeutschland (79 Prozent) ihre Erwerbslosigkeit. Nach den Hemmnissen eines beruflichen Wiedereinstiegs gefragt, geben 53 Prozent an, dass es ihnen schwerfällt, überhaupt eine Stelle zu finden. 35 Prozent wünschen sich eine zufriedenstellende Arbeit. Für 29 Prozent der erwerbslosen Frauen ist es wichtig, dass sich die Erwerbstätigkeit mit der Familie vereinbaren lässt.

Lebens- und Sorgesituation: Dass die persönliche Situation einen erheblichen Einfluss auf die jeweiligen Lebensrealitäten haben kann, konnte im Rahmen der quantitativen Befragung genauer untersucht und bestätigt werden. 59 Prozent der befragten Frauen leben zum Zeitpunkt der Befragung in einer Partnerschaft, 37 Prozent davon sind verheiratet. Hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Frauen mit und ohne Kindern. Während die Hälfte der befragten Mütter verheiratet

ist, trifft dies nur auf 15 Prozent der Frauen ohne Kinder zu. 37 Prozent der befragten Mütter mit Kindern im Haushalt sind alleinerziehend.¹¹ Bei der überwiegenden Mehrheit (81 Prozent) der befragten Mütter leben die Kinder noch im selben Haushalt, bei knapp einem Fünftel sind bereits alle Kinder ausgezogen. Zusätzlich besteht bei 16 Prozent der Befragten eine Pflege- oder Fürsorgesituation für eine_n Angehörige_n: bei 10 Prozent eine Fürsorgesituation und bei 6 Prozent eine Pflegesituation.

Betreuungssituation: Die Kinder der befragten Mütter befinden sich in unterschiedlichen Betreuungssituationen. Ein Drittel der Kinder ist in keiner institutionellen Betreuung. Das betrifft vorrangig Kinder unter drei Jahren oder Kinder im Schulalter. Gründe hierfür sind, dass sehr junge Kinder zumindest für eine gewisse Zeit häufig selbst von den Eltern betreut werden, wohingegen ältere Kinder nicht mehr zwingend auf eine Betreuung angewiesen sind. Ein Fünftel der Kinder besucht zum Zeitpunkt der Befragung eine Kinderkrippe, 45 Prozent – in erster Linie Kinder zwischen drei und fünf Jahren – gehen in den Kindergarten.

Der tägliche Betreuungsbedarf für das jüngste Kind beläuft sich bei jeder dritten befragten Mutter auf bis zu fünf Stunden. 40 Prozent haben einen höheren Betreuungsaufwand von sechs bis acht Stunden pro Tag. Bei knapp einem Viertel der Mütter beläuft sich der Betreuungsbedarf für die Kinder auf über acht Stunden pro Tag.

¹¹ Die Kategorisierung der Mütter in alleinerziehend und nicht alleinerziehend erfolgte auf der Basis einer subjektiven Einschätzung der Befragten.

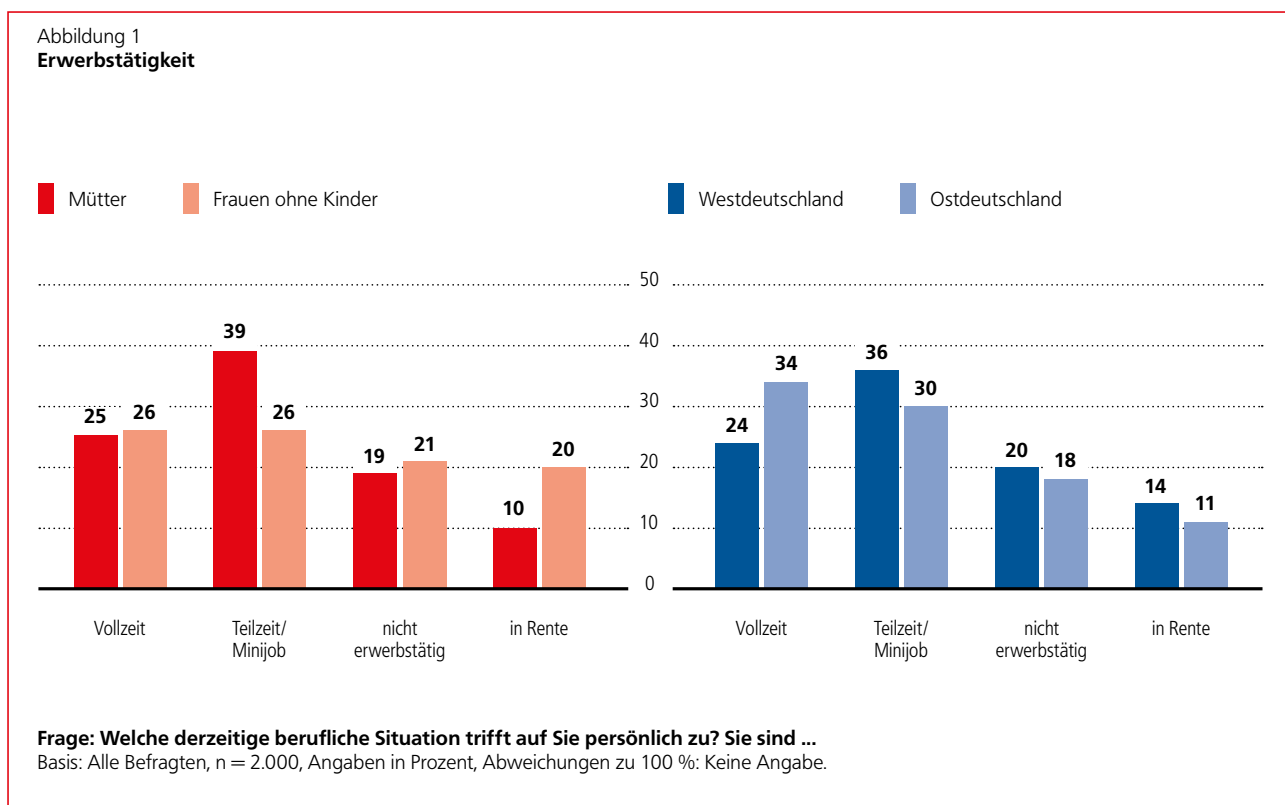
3.2. DIE LEBENSREALITÄTEN IM LICHT DER LEBENSENTWÜRFE

Politischer Handlungsbedarf besteht vorrangig dann, wenn Menschen ihre eigene Lebensrealität negativ bewerten und gern besser leben würden. Diese Bewertung erfolgt auch vor dem Hintergrund, inwiefern die eigene Lebensrealität vom Lebensentwurf abweicht und aus welchen Gründen.

Das Konzept **Lebensentwurf** bezieht sich in diesem Zusammenhang darauf, wie sich die befragten Frauen ihr Leben vorstellen. Es wurde mit der Frage „Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, in Ihrem Leben...?“ für verschiedene Lebensbereiche und -aspekte (Finanzen, angemessen bezahlte und sichere Arbeit, Familien- und Privatleben, Anerkennung etc.) abgefragt (siehe Abbildung 2 und Abbildung 4). Das Konzept **Lebenslage** hingegen beschreibt die tatsächliche Lebensrealität der befragten Frauen. Der Abgleich von Lebensentwurf und Lebenslage erfolgte mit der Frage „Würden Sie sagen, dass Sie... erreicht haben?“. Im letzten Schritt konnten die Befragten die Gründe für die Abweichungen benennen.

Der Vergleich von Lebensentwurf und Lebenslage offenbart große Diskrepanzen in zwei Bereichen: in der wirtschaftlichen Situation und in der sozialen Lebenslage.

Die größte Diskrepanz zwischen Lebensentwurf und momentaner Lebensrealität offenbart sich bei den befragten Frauen in wirtschaftlicher Hinsicht (siehe Abbildung 2). Nahezu allen Frauen (90 Prozent) ist es wichtig, keine finanziellen Sorgen zu haben. Aber auch angemessene Entlohnung (80 Prozent) und eine sichere Arbeitsstelle (76 Prozent) werden als wichtige Aspekte im eigenen Lebensentwurf genannt.



Der Blick auf die tatsächliche Lebensrealität der Frauen ist ernüchternd: Nur ein Bruchteil der Frauen (21 Prozent) lebt in finanzieller Sicherheit, also nur jede fünfte Frau fühlt sich finanziell abgesichert. Die Wahrnehmung der finanziellen Ausgangslage unterscheidet sich nicht zwischen den in Ost- und Westdeutschland lebenden befragten Frauen. Des Weiteren gibt lediglich jede vierte der befragten Frauen an, für ihre Arbeit angemessen entlohnt zu werden. Weniger als die Hälfte der Befragten, denen ein gesicherter Arbeitsplatz wichtig ist, hält ihre Arbeitsstelle für sicher. Es mag daher wenig überraschen, dass der Großteil der befragten Frauen mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage unzufrieden und ihr Alltag von existenziellen Sorgen geprägt ist.

Nicht wenige der Befragten kennen akute finanzielle Notlagen aus der Vergangenheit, in denen sie sich in ihrer Existenz grundlegend bedroht fühlten (siehe Abbildung 3): Viele der befragten Frauen mussten in den letzten Jahren oder zum Zeitpunkt der Befragung von Hartz IV leben (43 Prozent), haben bereits einmal Arbeitslosengeld I bezogen (39 Prozent) oder führen ein Leben, das von Verschuldung (37 Prozent) geprägt ist.

Andere Befragte haben bereits eine extrem prekäre Einkommenssituation erlebt: So war bereits knapp jede fünfte Frau schon einmal nicht in der finanziellen Lage, Lebensmittel zu kaufen, und auf externe Hilfe angewiesen, um die eigene Familie ernähren zu können. Einige der Befragten konnten in der Vergangenheit außerdem ihre Miete zeitweise nicht zahlen und waren daher von Obdachlosigkeit bedroht (12 Prozent).

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen aktueller finanzieller Lage und Zukunftssor-

gen. Der Großteil der befragten Frauen in prekären Einkommenslagen hat Zukunftssorgen. Altersarmut ist eine große Sorge, die nahezu alle Altersgruppen eint. Besonders hoch ist dies – wie zu erwarten – bei den befragten Frauen über 50 Jahren, die zu 81 Prozent angeben, sich Gedanken um Altersarmut zu machen. Und auch bei den 30- bis 39-Jährigen beschäftigt sich jede zweite Frau mit diesem Thema. Jüngere Frauen hingegen legen einen stärkeren Fokus auf Themen, die mit der Absicherung und Zukunft der eigenen Kinder zu tun haben; doch auch hier sind die Sorgen finanzieller Natur. Die Sorgen treten in den Gesprächen der qualitativen Befragung zutage:

„Die Kluft wird immer größer zwischen Arm und Reich, die meisten werden arm. Altersarmut muss zum Thema gemacht werden. Ich wohne in Rütterscheid, eine bessere Gegend. Ich [...] habe nachts rausgucken, ich habe eine ältere Dame gesehen, ganz sauber, schön gekleidet. Mit einer Taschenlampe hat sie Flaschen aus dem Mülleimer gesucht. [...] Das darf es nicht geben in Deutschland.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Neben den wirtschaftlichen Aspekten des Lebensentwurfs im Abgleich zur gegenwärtigen Lebensrealität wurde der Stellenwert sozialer Komponenten im eigenen Leben ermittelt, da diese dem Lebenslagen-Ansatz gemäß Einfluss auf das eigene Erleben nehmen. Auch in sozialen Aspekten gibt es eine Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Ginge es nach ihren Idealvorstellungen, stünde für viele der Befragten das Familienleben im Mittelpunkt (siehe Abbildung 4).

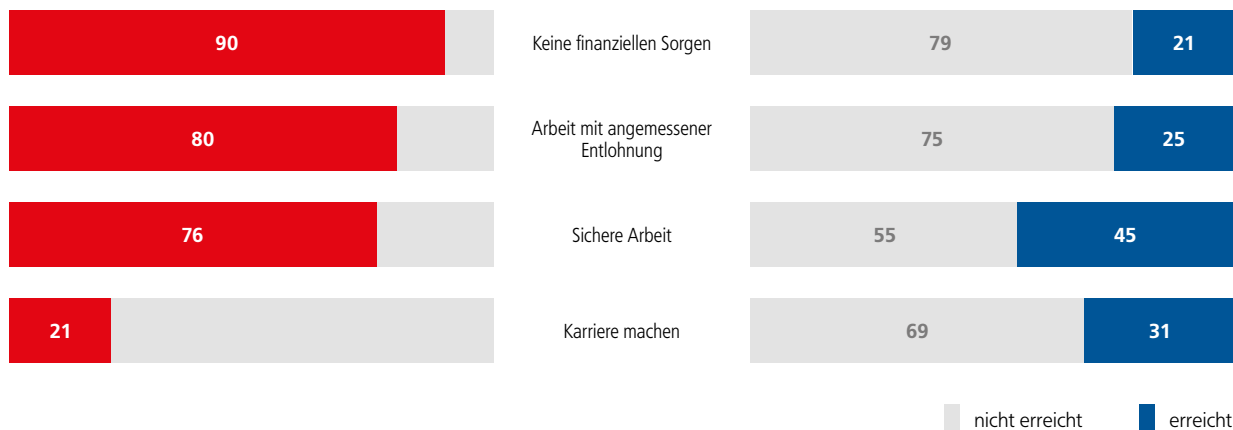
Abbildung 2
Lebensentwurf vs. Lebenslage: wirtschaftliche Aspekte

Lebensentwurf

Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, in Ihrem Leben... (zu haben)?

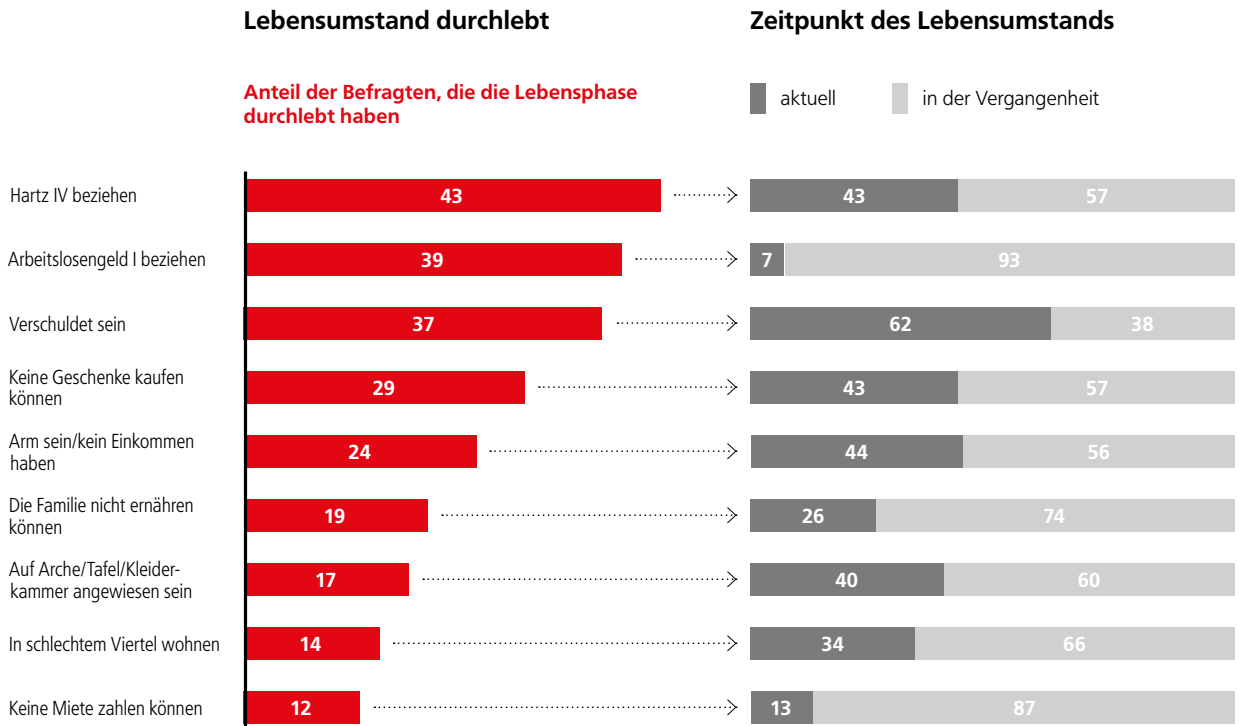
Lebenslage

Würden Sie sagen, dass Sie... (erreicht haben)?



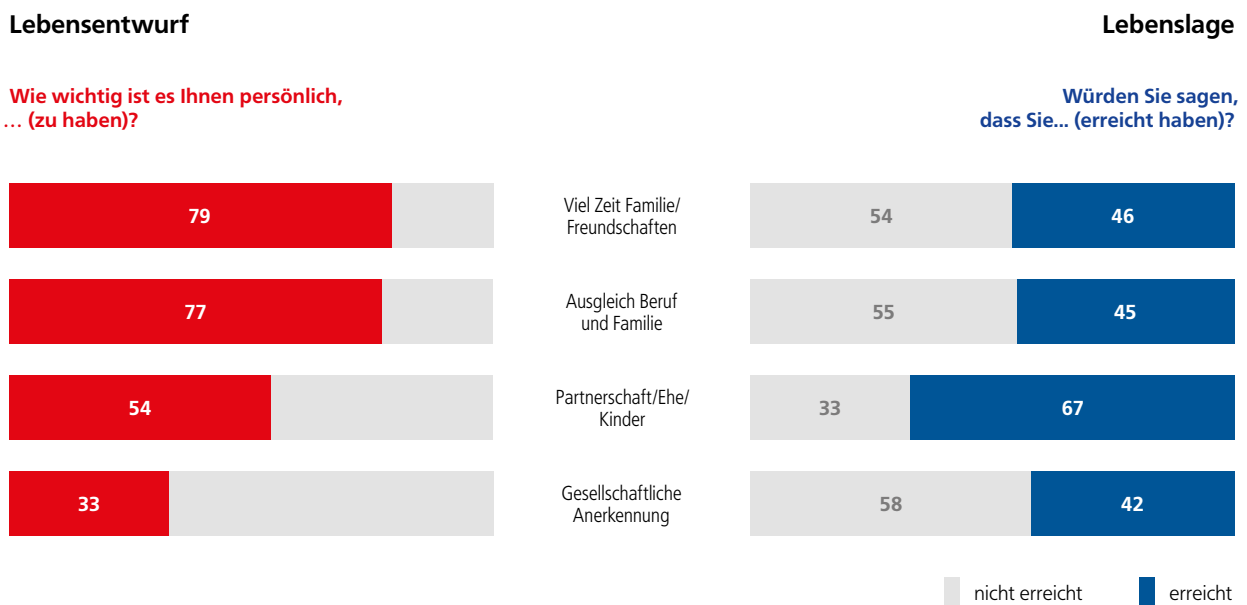
Frage: Denken Sie bitte an Ihre heutige Situation. Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, ...?
Frage: Nun geht es um Ihre persönliche Einschätzung Ihrer Lebenslage. Sie sagten gerade, dass Ihnen persönlich wichtig ist, Würden Sie sagen, dass Sie (erreicht haben)?
Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent

Abbildung 3
Schwierige Lebensumstände in der Vergangenheit



Frage: Haben Sie einen oder mehrere der folgenden Umstände, seit Sie auf eigenen Füßen stehen, schon einmal selbst erlebt?
Bitte kreuzen Sie alle zutreffenden an.
Frage Aktuell: Befinden Sie sich aktuell noch in diesem Umstand?
Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent

Abbildung 4
Lebensentwurf vs. Lebenslage: soziale Aspekte



Frage: Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, ...?
Frage: Nun geht es um Ihre persönliche Einschätzung Ihrer Lebenslage. Sie sagten gerade, dass Ihnen persönlich wichtig ist, Würden Sie sagen, dass Sie (erreicht haben)?
Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent

An die oberste Stelle setzen die befragten Frauen zufriedene Kinder (94 Prozent). Auch viel Zeit für Familie und Freundschaften zu haben, ist den meisten Frauen (79 Prozent) in ihrem Leben wichtig. Fast ebenso wichtig ist ihnen, einen angemessenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie zu haben. In einer glücklichen Partnerschaft oder Ehe zu leben und zufriedene Kinder zu haben, halten mehr als 70 Prozent für wichtig. Der hohe Stellenwert von Partnerschaft und Kindern äußert sich außerdem darin, dass die in Partnerschaft lebenden Mütter mit ihrem Leben grundsätzlich zufriedener sind als Alleinerziehende oder Frauen ohne Kinder.

Auch in der qualitativen Erhebung wird deutlich, dass Kinder und Familie für die befragten Mütter den Kern ihres Lebensentwurfs bilden. Gleichzeitig finden sie, sollte die eigene Erwerbstätigkeit nicht zu kurz kommen. Zumindest im Lebensentwurf werden Kinder und Mutterschaft nicht als Gegensatz zu Erwerbstätigkeit und beruflicher Erfüllung gesehen, sondern als Ergänzung wahrgenommen. Die beiden folgenden Zitate zeigen, dass viele Mütter ursprünglich den Wunsch hatten, beides zu erreichen:

„[Ich wollte] Mann, Kinder, den richtigen Job. 30 war für mich die Grenze, ein Meilenstein. Ich wollte nicht mit 21 schwanger werden, aber mit 30 etwas erreicht haben. Ich wollte den Job finden, der mir gefällt, wo ich etwas aufbauen kann, dass man ein gemeinsames Leben vor sich hat.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

„Ich hatte eine Wunschvorstellung: Traummann kennenlernen, heiraten wie eine Prinzessin. Kinder wollte ich schon immer haben, seitdem ich klein bin. Ich wollte als Kind Chefin werden, damals im Hotel.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Dresden

Setzt man nun die tatsächliche Lebensrealität der Frauen ins Verhältnis zu ihren Lebensentwürfen, zeigen sich auch in den sozialen Aspekten deutliche Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Dass diese Lebensziele dennoch tendenziell von mehr Frauen erreicht wurden als die wirtschaftlichen Lebensvorstellungen, mag darin begründet sein, dass das Erreichen dieser Ziele nicht in gleichem Maße von externen Faktoren wie beispielsweise der Arbeitsmarktsituation oder steigenden Lebenskosten abhängt. Aber auch ihre familiären und partnerschaftlichen Wunschvorstellungen konnten nicht alle befragten Frauen erreichen. Jeweils rund die Hälfte der Befragten kann von sich sagen, dass ihre Idealvorstellungen vom sozialen Leben erfüllt sind. Lediglich in Bezug auf zufriedene Kinder glauben deutlich mehr (64 Prozent), dass sie diesen Aspekt zum Zeitpunkt der Befragung erreicht haben.

Besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt eine große Herausforderung dar. Dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, einen wirklichen Ausgleich zwischen Arbeit, Kindern, Partnerschaft und den eigenen Bedürfnissen zu finden, gelingt über der Hälfte der befragten Frauen nicht. Die Befragten in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich diesbezüglich nicht.

Auch Wunsch und Wirklichkeit hinsichtlich gesellschaftlicher Anerkennung wurden abgefragt. Auf den ersten Blick überrascht es, dass nur ein Drittel (33 Prozent) der Teilnehmerinnen der quantitativen Studie nach gesellschaftlicher Anerkennung strebt. Auf den zweiten Blick ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Frauen wirklich keinen Wert auf eine solche Anerkennung legen. Im Gegenteil: Insbesondere in den qualitativen Gesprächen wird bei diesem Antwortverhalten eine Art „Zweckpessimismus“ oder Selbstschutz offensichtlich. Die befragten Frauen geben an, dass ihnen gesellschaftliche Anerkennung nicht wichtig sei, weil sie ohnehin davon ausgehen, gesellschaftlich nicht akzeptiert zu werden. Exemplarisch hierfür steht folgendes Zitat, das demonstriert, wie viel Wert in Wahrheit darauf gelegt wird, als gleichwertiger Teil der Gesellschaft wahrgenommen zu werden:

„A. muss gut in der Schule sein. Er muss. Er muss gleichauf sein, auch wenn er Schwächen hat wie in Mathe aktuell. Ich denke einfach, die Leute würden dann sagen, weil die es nicht schafft. Die hat vier Kinder, wollte sie unbedingt haben und jetzt kriegt sie es nicht auf die Kette. Jetzt noch alleinerziehend, noch viel schlimmer. Es muss laufen, egal in welche Richtung. Es muss laufen, ob das Haushalt ist, ob das die Kleidung ist, es muss laufen. Ich gehe noch nicht mal nach KIK einkaufen, weil ich mir denke, wenn das einer mitkriegt, dann [...] Einfach dieses, um Gottes Willen.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Von den geringen Chancen auf Erreichbarkeit gesellschaftlicher Anerkennung zeugt, dass nur weniger als die Hälfte (42 Prozent) von dem o. g. Drittel der nach Anerkennung Strebenden nach eigenem Empfinden tatsächlich gesellschaftliche Anerkennung erlangt. Frauen in prekären Einkommenslagen fühlen sich also mehr als andere unter Beobachtung zu versagen bei gleichzeitig geringeren Chancen, soziale Anerkennung zu bekommen.

Diese Befunde sind im Zusammenhang mit der in der Literatur herausgestellten gesellschaftlichen Absicherung zu sehen, die auf Bildung, Arbeit und Familienstand basiert und vielen Frauen in prekären Einkommenslagen nicht ausreichend zur Verfügung steht (Wippermann 2016).

3.3. GRÜNDE FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LEBENSREALITÄTEN

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Diskrepanzen stellt sich die Frage nach den Gründen und Ursachen dafür: Warum konnten die Frauen ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen? Welche Hemmnisse und Barrieren gab es, die die Frauen davon abgehalten haben, ihre Lebensentwürfe umzusetzen?

Sowohl für die finanziellen als auch für die sozialen Ziele der Frauen erweist sich ihre Erwerbssituation als zentrale Barriere. Viele der befragten Frauen können auf kein gesichertes Arbeitsverhältnis, das ihnen finanzielle Sorgenfreiheit ermöglicht, zurückgreifen. Zum Teil liegt das an befristeten Arbeitsverträgen wie an einer empfundenen Unsicherheit des Arbeitsplatzes im Kontext der generell schwie-

rigen Arbeitsmarktsituation. Beide Aspekte führen dazu, dass die Frauen sich langfristig nicht abgesichert fühlen. Daneben sind es die als zu gering empfundenen Löhne, die ihre prekäre Einkommenslage bedingen. Einige Frauen sind überzeugt, dass ihre Tätigkeit nicht angemessen entlohnt wird – auch aufgrund des geschlechterspezifischen Lohngefälles (Gender Pay Gap). Andere sehen das Problem in ihrer fehlenden schulischen oder beruflichen Ausbildung begründet oder halten die jeweilige Branche für verantwortlich für ihre finanzielle Unsicherheit.

Auch in sozialer Hinsicht schränkt die Erwerbssituation die befragten Frauen ein. So wird Freizeitgestaltung oder Zeit für die Familie beispielsweise durch lange Arbeitszeiten oder Schichtarbeit erschwert. Dieser Mangel an sozialer Zeit zeigt sich auch darin, dass sich einige Mütter gezwungen fühlten, die Branche zu wechseln.

„Ich habe in der ersten Schwangerschaft gesagt, ich brauche einen anderen Beruf. Mit Familie funktioniert Gastronomie nicht, das ist ein undankbarer Job, gerade wenn man Kinder hat und eine Bindung aufbauen will. Ich habe beim Bäcker gearbeitet, um aus Hartz IV herauszukommen.“

Mutter in Partnerschaft, 30-50 Jahre, Dresden

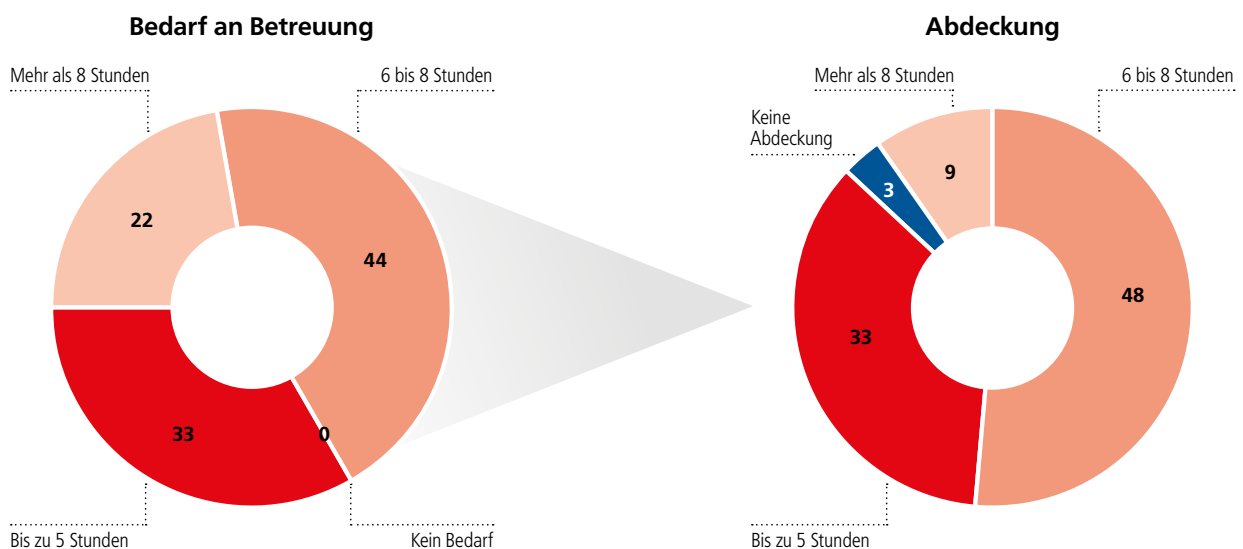
Neben der Erwerbssituation erweist sich auch der „Gender Care Gap“ als zentrale Barriere, der die befragten Frauen daran hindert, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Der Gender Care Gap ist ein Maß, das die „ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit“ (BMFSFJ 2018) zwischen Männern und Frauen abbildet. Es umfasst folgende Komponenten, für die Frauen üblicherweise mehr Zeit aufwenden als Männer:

- Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen
- Tätigkeiten der Haushaltsführung
- informelle Hilfen für andere Haushalte

Insbesondere die Belastung durch die ersten beiden Punkte lassen sich auch in der vorliegenden Studie nachweisen: Die Betreuung der Kinder, zusätzliche Belastung durch Fürsorge und Pflege für Angehörige sowie die ungleiche Aufteilung der Familienarbeit stellen sich als wichtige Faktoren heraus, die im Folgenden näher betrachtet werden.

Die Daten zeigen, dass die aktuelle Betreuungssituation dafür verantwortlich ist, dass Frauen in ihrem beruflichen Werdegang eingeschränkt sind. Für die Ausübung ihrer eigenen Erwerbstätigkeit sind Mütter auf ein ausreichendes Betreuungsangebot angewiesen. Die Verfügbarkeit von Plätzen in Kindertagesstätten, Kindergärten, im Hort oder die Möglichkeit für die Kinder, eine Ganztagschule zu besuchen, ist daher oft ausschlaggebend für die Entscheidung, welche Erwerbsmodelle gewählt werden. Familien, die einen täglichen Kinderbetreuungsbedarf von bis zu acht Stunden haben, können diesen oftmals durch die vorhandenen Betreuungsangebote abdecken. Kritischer wird ein Bedarf von über acht Stunden, auf den Vollzeitbeschäftigte in der Regel angewiesen sind. Obwohl jedes vierte Kind eine Betreuung von mehr als acht Stunden benötigt, kann dieser Umfang nur bei jedem zehnten Kind gewährleistet werden. Für 40 Prozent der in Teilzeit arbeitenden Frauen war die nicht gewährleistete Kinderbetreuung der ausschlaggebende Grund, nicht in Vollzeit zu arbeiten (siehe Abbildung 5: Betreuungsbedarf und Abdeckung). Allerdings zeichnen sich hier signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ab: So ist die Betreuungssituation in Westdeutschland sehr viel häufiger der Grund für die Teilzeiter Entscheidung der Frauen als in Ostdeutschland.

Abbildung 5
Kinderbetreuungsbedarf und seine Deckung



Frage: Bitte denken Sie nun an Ihr Kind (mit dem größten Betreuungsbedarf). Wie hoch ist der tatsächliche tägliche Betreuungsbedarf für ihr Kind in Stunden?
Frage: Und wie viele Stunden davon kann die Betreuung für Ihr Kind durch z.B. Kindertagesstätten, Tagesmutter bzw. -vater, Hort oder Ganztagschule täglich verlässlich abdecken?
 Basis: Befragte, deren Kind in Betreuung ist, n = 428, Angaben in Prozent

In den Gesprächen der qualitativen Befragung zeigt sich, dass unzureichende institutionelle Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit in Wechselwirkung stehen. Können Mütter keine Ganztagsbetreuung vorweisen, sinken ihre Chancen auf eine Ganztagsarbeitsstelle, und umgekehrt.

„Finde einen Arbeitgeber, der dir Arbeit gibt, dem du aber nicht versichern kannst, dass du einen Ganztagsplatz hast für deine Kinder.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Da Mütter primär für die private Kinderbetreuung zuständig sind, sind sie nicht zuletzt im Hinblick auf ihre Rentenansprüche die Leidtragenden der unzureichenden Betreuungsabdeckung. Diese Ergebnisse decken sich mit den Befunden aus der Literaturanalyse, die besagen, dass die beruflichen Einschränkungen von Müttern sich nicht nur in finanzieller Hinsicht als negativ erweisen, sondern darüber hinaus die weitere Karriereentwicklung einschränken, wenn nicht gar verhindern. Daneben geben einige Frauen an, dass ein_e Angehörige_r pflege- oder fürsorgebedürftig ist. Deutlich zeigen die Ergebnisse dabei die bestehende Ungleichheit in der Verantwortlichkeit: So gibt knapp die Hälfte der betroffenen Frauen an, hauptsächlich selbst für die Betreuung zuständig zu sein. Lediglich in jeder fünften Familie wird diese Aufgabe von den Familienmitgliedern in gleichem Maße übernommen. Auch bei den Teilnehmerinnen der qualitativen Untersuchung liegt in einigen Fällen eine familiäre Pflege- oder Fürsorgesituation vor – entweder für die Großeltern, Eltern oder die Kinder. Dabei wird ebenso deutlich, dass die Pflege dem Verantwortungsbereich der Frauen zugeschrieben wird:

„Für die Pflege und für die Fürsorge sind die Mütter da und die Väter sind zum Spielen da oder gehen zum Fußball. Versorge, Hygiene, Kleidung macht Mutter.“

Jüngere Frauen, 30-50 Jahre, Dresden

Eine bezahlte Kraft für die Pflege steht laut quantitativer Befragung nur einer Minderheit zur Verfügung. Dies zeigt auch folgendes Zitat, das nicht nur die zusätzliche Belastung für die Frauen, sondern auch die Unwissenheit über vorhandene Möglichkeiten verdeutlicht:

„Was ich brauche: einen Therapeuten, der von der Krankenkasse bezahlt wird, der mich persönlich auffängt, der mir zuhört. Der müsste da sein und die Probleme aufnehmen, im besten Fall zu einer Lösung helfen oder im simpelsten Fall mir eine Entlastung geben, vielleicht als Mülleimer da sein oder sagen, welche Möglichkeiten hat man. Die meisten wissen nicht, dass es einen Pflegegrad gibt für ADHS.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Hinzu kommt, dass die vorhandene Pflegeinfrastruktur bei den Befragten auf Kritik stößt: So stufen 40 Prozent die Qualität von Betreuungseinrichtungen als schlecht ein. Lediglich knapp ein Drittel der Betroffenen äußert sich positiv. Als wichtigste Gründe für die schlechte Bewertung werden in der

quantitativen Befragung die hohen Kosten, nicht genügend Pflegepersonal und zu wenig zur Verfügung stehende Plätze genannt. Auch qualitativ kommt der Personalmangel im Pflegebereich zur Sprache. Obgleich die Pflegesituation in der vorliegenden Studie nur eine Minderheit der Befragten¹² betrifft, schränkt sie deren Möglichkeiten doch zusätzlich ein.

Zeit und Geld sind die wichtigsten Ressourcen, die erforderlich sind, um Lebensentwürfe zu realisieren. Die Mütter sehen sich daher vor die Alternative gestellt, sich zwischen einer (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit – und damit einhergehend einer höheren finanziellen Sicherheit – oder mehr Zeit für das Familienleben zu entscheiden. Diese Entscheidung hängt jedoch auch von strukturellen Faktoren ab, die das jeweilige Leben der Frauen bestimmen und ihre Entscheidungsfreiheit einschränken können.

Auf der einen Seite sind sie finanziell darauf angewiesen, (in Vollzeit) arbeiten zu gehen. 60 Prozent der in Vollzeit tätigen Frauen geben an, dass finanzielle Aspekte ausschlaggebend waren, sich für dieses Arbeitsmodell zu entscheiden. Gleichzeitig erschwert es eine Erwerbstätigkeit (besonders in Vollzeit), den familiären Pflichten bzw. Wünschen gerecht zu werden. Viele Frauen beklagen die nicht familiengerechten Arbeitszeiten und nennen Schichtarbeit und Überstunden als Ursachen dafür, nicht genug Zeit für die Familie zu haben. Exemplarisch für den schwierigen Spagat zwischen Beruf und Familie steht folgendes Zitat:

„Frauen in der Gesellschaft, die berufstätig sind, sind immer mehr im Kommen, aber wird es einem einfach gemacht? Das finde ich nicht. Ich arbeite im Krankenhaus, mit den Zeiten, wann man anfängt. Das Unverständnis, dass man später anfangen muss, wenn man das Kind wegbringt. Keine Spätdienste machen kann, zum Beispiel. Man trifft auf taube Ohren und viel Streit.“

Junge Mutter, 30-50 Jahre, Essen

In Anbetracht dieser Schwierigkeiten würden es einige Mütter bevorzugen, weniger zu arbeiten und im Umkehrschluss mehr für die Kinder da sein zu können. So gibt einerseits die Hälfte der in Teilzeit arbeitenden Mütter an, sich für das Teilzeitmodell entschieden zu haben, um mehr Zeit für die Kinder zu haben. Dieser Befund bestätigt bisherige Studien (Wippermann 2016), die ebenfalls zu dem Schluss kommen, dass sich insbesondere junge Mütter wünschen, weniger zu arbeiten.

Andererseits wirkt sich Teilzeitarbeit erheblich auf die finanzielle Situation aus, was bedeutet, dass sich nicht jede Mutter eine solche reduzierte Tätigkeit leisten kann. Teilzeitarbeit verstärkt die finanzielle Belastung und führt gleichzeitig dazu, dass weniger familien- und sozialpolitische Leistungen bean-

¹² Weiterführende Analysen der Belastung durch Pflege und Fürsorge für Angehörige sind aufgrund der geringen Fallzahlen nur eingeschränkt möglich. Die Basis der Befragten, bei denen eine Fürsorge- oder Pflegesituation vorliegt, ist in vielen Fragen geringer als 50 und häufig sogar kleiner als 30. Damit lassen sich kaum quantitativ verlässliche Aussagen erzielen.

spricht werden können. Dies legt den Eindruck nahe, dass Mütter häufig dann benachteiligt sind, wenn sie arbeiten möchten. Das gilt besonders für Alleinerziehende und Mütter, die im Niedriglohnsektor beschäftigt sind.

„Aussagen sind, dass man weniger arbeiten soll und es ausrechnen soll, ob es sich rechnet. Die Politik sollte sich darum kümmern, dass wir das alles stemmen können. Dass wir Unterstützung bekommen. Und nicht, dass wir weniger arbeiten, damit wir dann Unterstützung bekommen. Das ist ein Widerspruch.“

Junge Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Des Weiteren werden die bestehenden Diskrepanzen zwischen Lebensentwurf und Lebenslage zum Teil durch ungleiche Aufteilung der Familienarbeit bedingt. Auch in diesem Aspekt spiegelt sich der Gender Care Gap zwischen Frauen und Männern wider. So verdeutlichen die Ergebnisse der Befragung, dass die Betreuung und Erziehung der Kinder außerhalb von Institutionen meist nicht gleichberechtigt aufgeteilt sind, sondern dass diese Aufgaben nach wie vor hauptsächlich von den Müttern übernommen werden. So sind laut eigener Auskunft 67 Prozent der befragten Mütter vorrangig für die Betreuung der Kinder zuständig – nur 14 Prozent berichten davon, dass sie sich regelmäßig dabei abwechseln. Auch sind es zu 68 Prozent die Mütter, die bei Krankheit des Kindes zu Hause bleiben. Außerdem empfinden die meisten Frauen (58 Prozent), dass sie mehr als ihren gerechten Teil an Hausarbeit und Familienarbeit übernehmen, während nur ein Viertel von einer gerechten Aufteilung spricht.

Da aufgrund von finanziellen Aspekten jedoch die meisten befragten Mütter (besonders Alleinerziehende) darauf angewiesen sind, arbeiten zu gehen, verspüren sie eine Doppelbelastung. Bemüht, sowohl für die Familie da zu sein ebenso wie den beruflichen Verpflichtungen gerecht zu werden, können Frauen in prekären Einkommenslagen im Endeffekt oft keinem der beides Lebensbereiche vollkommen gerecht werden.

„[Meine Wünsche sind ...] genug verdienen, nicht Vollzeit arbeiten, weil so viel Zeit für die Tochter verlorengeht. Es sollte mehr dafür getan werden, dass die Väter sich mehr einbringen, dass für die Väter, die sich einbringen, etwas gemacht wird. Ich hätte gerne mehr Lebensqualität.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Neben der Erwerbstätigkeit und der Betreuungssituation stellt sich auch ein_e fehlende_r Partner_in als Hemmnis für die Erreichung des eigentlichen Lebensentwurfes dar. Damit ist nicht nur die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach einer glücklichen Partnerschaft und der Realität gemeint, sondern auch die Tatsache, dass viele alleinerziehende Mütter sich zusätzlich wegen ihrer familiären Pflichten und der fehlenden Unterstützung durch eine_n Partner_in auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt fühlen. Wegen ihrer begrenzten Flexibilität werden alleinerziehende Mütter häufig als unattraktive Arbeitnehmerinnen wahrgenommen. Einige Mütter weisen hierauf im Rahmen der qualitativ geführten Interviews hin:

„Viele Hotels haben mich abgelehnt wegen Überqualifikation oder alleinerziehend. Andere Mütter haben einen Mann dahinterstehen. Die Post hat einen abgewimmelt, sie sucht händeringend Leute, jetzt seid doch mal flexibel. ‚Nein, Sie müssen vier Tage acht Stunden arbeiten.‘ Da kann man doch eine Fünf-Tage-Woche à sechs Stunden machen. Alle sind sehr unflexibel, gerade alleinstehenden Müttern gegenüber.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Dresden

Womöglich ist diese Problematik Ursache dafür, dass sich insbesondere Alleinerziehende gezwungen sehen, ihre gelernte Erwerbstätigkeit aufzugeben. So arbeiten 62 Prozent der alleinerziehenden Mütter zum Befragungszeitpunkt nicht in ihrem erlernten Beruf, während dies nur auf die Hälfte der Mütter in einer Partnerschaft zutrifft. Der Einstieg in ungelernte Berufe ist leichter als der in Berufe, für die eine Ausbildung notwendig ist. Das bedeutet, dass diese Berufe womöglich von Müttern, die wegen ihrer Kinder keine Ausbildung abschließen konnten oder kurzfristig Arbeit benötigen, als attraktiver wahrgenommen werden. Gleichzeitig bedeutet dies für die Mütter aber, dass sie schlechter bezahlt und leichter austauschbar sind, womit sich ihr Risiko verschärft, in eine prekäre Einkommenslage abzurutschen. Die schlechteren beruflichen Voraussetzungen und das Fehlen eines Partners bzw. einer Partnerin verschärfen damit die Problematik auf dem Arbeitsmarkt, die bereits durch die Agenda 2010 und die Einführung von Hartz IV zu zahlreichen prekären Erwerbssituationen geführt hat.

Alle genannten Aspekte führen dazu, dass viele der befragten Frauen mit Blick auf ihre zahlreichen Verantwortungen ein Ohnmachtsgefühl verspüren und 39 Prozent es als große Belastung empfinden, den an sie gestellten Anforderungen ausreichend gerecht zu werden. Die Annahme, dass eine Doppelbelastung besonders im Osten dazu führt, dass Frauen (und vor allem Mütter) sich nach einer Retraditionalisierung sehnen (Wippermann 2015 und 2016), konnte im Rahmen der quantitativen Studie indes nicht belegt werden. Tatsächlich geben die befragten Frauen aus Ostdeutschland sogar signifikant häufiger an, eher keine Belastung zu empfinden (32 Prozent) als die Frauen aus Westdeutschland (26 Prozent). Bestätigt werden konnte jedoch, dass Mütter (43 Prozent) eine derartige Belastung signifikant häufiger verspüren als Frauen ohne Kinder (31 Prozent). Diese Forschungsergebnisse unterstützen die bereits gewonnenen Erkenntnisse von Wippermann (2015 und 2016): Die Erwartungen an Mütter scheitern oft an der Umsetzbarkeit im Alltag, was dazu führt, dass sich das Druck- und Belastungsempfinden der Mütter weiter erhöht.

3.4. ZWISCHENFAZIT

Der Vergleich zwischen den Lebensentwürfen und den tatsächlichen Lebenslagen der befragten Frauen offenbart erhebliche Diskrepanzen in zwei Bereichen: Sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf ihre soziale Lebenslage konnten die Frauen in unserer Studie ihre Ideale nicht erreichen. Besonders deutlich wird dies im Hinblick auf die wirtschaftliche

Situation, die in vielen Fällen Erfahrungen mit akuten finanziellen Notlagen und Bedrohungen der eigenen Existenz mit sich brachte. In sozialer Hinsicht kämpfen die Befragten hauptsächlich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den zahlreichen hohen Erwartungen, die sie an sich selbst und das soziale Umfeld an sie stellen.

Als zentrale Barrieren, die die Frauen an der Erreichung ihrer Lebensentwürfe hindern, konnten folgende Faktoren identifiziert werden: das Vorliegen einer prekären Erwerbssituation, die im Fall von Müttern durch unzureichende institutionelle Kinderbetreuung und Elternzeit verschärft wird; die Anforderung einer Entscheidung zwischen Zeit (für Kinder und Familie) oder Gelderwerb, die sich finanziell als Balanceakt zwischen Voll- und Teilzeitarbeit erweist; fehlende partnerschaftliche Unterstützung oder (im Fall einer vorhandenen Partnerschaft) die ungleiche Verteilung der Familienarbeit (Gender Care Gap). Einige befragte Frauen sehen sich zusätzlich durch eine vorliegende Pflege- oder Fürsorgesituation belastet. Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Lebensrealitäten der Frauen nicht ihren ursprünglichen Entwürfen entsprechen.

Konträr zu den Hypothesen, die sich aus der Literaturanalyse ergaben, konnten kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festgestellt werden. Weder in der Bewertung der finanziellen Sorgen noch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf lassen die Studienergebnisse auf nennenswerte Diskrepanzen zwischen Ost und West schließen. Lediglich der Blick auf die Barrieren, die die Frauen an der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe hindern, offenbart Unterschiede in der gegebenen Betreuungssituation.

4.

DIE ROLLE VON (GESCHLECHTER- UND FAMILIEN-)POLITIK FÜR FRAUEN MIT GERINGEM EINKOMMEN

4.1 BETEILIGUNG UND PRÄFERENZ BEI WAHLEN

Die Relevanz von Politik für Frauen unterhalb der Mittelschicht und die Gründe für den hohen Nichtwähler_innenanteil wurden in bisherigen Forschungen kaum erhellt; die vorliegende Untersuchung macht dazu einen ersten Aufschlag mit folgenden Ergebnissen aus qualitativer und quantitativer Untersuchung.

Es zeigt sich, dass die befragten Frauen in prekären Einkommenslagen an der Glaubwürdigkeit von Politiker_innen und Parteien zweifeln und politikverdrossen sind. Sie äußern in den qualitativen Interviews und Fokusgruppen, dass Politiker_innen und Parteien „kein Verständnis für Bürger wie mich“ haben, „zu sehr vom Bürger entfernt“ sind und zu viel Geld verdienen, um sich „mit den Problemen der Bürger auseinanderzusetzen“.¹³

Politisches Interesse und der Wunsch, über die eigene Wahlbeteiligung politisch Einfluss zu nehmen, sind dennoch vorhanden – dies legen die Daten nahe. So sagt jede dritte der befragten Frauen, dass sie sich stark für Politik interessiert. Rund 40 Prozent geben ein mittleres politisches Interesse an. Die überwiegende Mehrheit (71 Prozent) hält es darüber hinaus für wahrscheinlich, sich an den nächsten größeren Wahlen zu beteiligen. Lediglich gut jede Zehnte meint, ihre Wahlbeteiligung sei unwahrscheinlich.

Wenn sie zur Wahl gehen, wen wählen sie?

Die quantitativen Ergebnisse verdeutlichen, dass sich der Großteil der Befragten von keiner Partei des Deutschen Bundestages vertreten fühlt. So gibt explizit jede fünfte Frau an, für keine Partei Sympathie zu hegen; weitere 17 Prozent können darüber keine Aussage treffen. Auch qualitativ äußern die Frauen, dass sie über keine langjährige Parteiidentifikation verfügen:

„Keine Partei überzeugt mich. Ich wähle nicht aus Überzeugung immer eine bestimmte Partei. Ich wähle mein Leben lang das kleinere Übel.“

Junge Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Vor dem Hintergrund, dass sie das „kleinere Übel“ wählen, schließt sich die Frage an, wer das Übel aus ihrer Sicht ist, das heißt, für welche Partei im Deutschen Bundestag sie Antipathie hegen. Knapp jede zweite befragte Frau gibt in der quantitativen Befragung an, die größte Antipathie gegenüber der AfD zu empfinden. Demnach ist anzunehmen, dass ein erheblicher Anteil der Befragten seine Stimme gerade nicht der AfD gibt. Auch die Links-Rechts-Selbsteinstufung deutet darauf hin, dass extreme politische Positionen nur von einer Minderheit der Befragten vertreten werden. So entscheidet sich mit 40 Prozent die Mehrheit von ihnen für die politische Mitte, etwas weniger als ein Drittel verortet sich links davon, 15 Prozent rechts der Mitte. Extrempositionen werden nur von einer Minderheit gewählt.

Die These, Menschen in prekären Einkommenslagen tendieren zur Wahl der AfD, bestätigt sich bei den von uns befragten Frauen demnach nicht. Trotz der kritischen Wahrnehmung etablierter Prozesse wandern diese Frauen nicht zwangsläufig zu populistischen Parteigruppierungen ab. Im Gegenteil: Es zeigt sich, dass auch Frauen unterhalb der Mittelschicht ihre Ablehnung gegen rechtspopulistische Parteien mit ihrer Stimme zum Ausdruck bringen. Sie gehen wählen, damit „rechts nicht an die Macht kommt“ (Alleinerziehende Mutter, 25–45 Jahre, Essen). Dies gilt sowohl für Ost- als auch Westdeutschland.¹⁴

Die eigene Beteiligung an Wahlen verstehen Frauen zwar häufig als Teil gesellschaftlicher Verantwortung – gerade auch gegen Rechts. Aber der Einfluss der eigenen Stimme wird dennoch von ihnen selbst in Frage gestellt. Zum einen fehlt das Vertrauen in die vor der Wahl gemachten Versprechungen:

„In der Wahlkampagne heißt es, dass Kita-Gebühren ab-geschafft werden sollen. Jede Mutter oder berufstätige Mutter soll auch einen Platz finden. Das wird versprochen. Was eingehalten wird, wissen wir alle.“

Junge Mutter, 30-50 Jahre, Essen

¹³ Diese Zitate stammen aus den von Ipsos durchgeführten Fokusgruppen mit jüngeren und älteren Müttern in Dresden und Essen.

¹⁴ Dies deckt sich mit den Erkenntnissen aus der Europawahl 2019. Diese zeigt, dass insbesondere ältere Männer in Ostdeutschland die AfD gewählt haben. Siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-waehler-jung-soziologie-1.4660812> (30.10.2019).

„Versprechungen werden gemacht, die werden nicht eingehalten. Wie zum Beispiel beim Kindergeld. Meine Cousine hat gesagt, dass es um 25 Euro pro Kind erhöht wird, aber erst in einigen Jahren. Und jetzt sind es 10 Euro. Ich weiß nicht, was ich mit 10 Euro mehr machen könnte. Es ist nichts.“

Junge Mutter, 30-50 Jahre, Essen

Zum anderen gibt es aus ihrer Sicht keine Partei, die sie überzeugt, weil keine Partei ihre Interessen vertrete. Hier ergibt die quantitative Befragung den bemerkenswerten Befund, dass etwa die Hälfte der Befragten nicht zuordnen kann, welche Partei sich am meisten für Frauen (57 Prozent) bzw. für Familien (46 Prozent) einsetzt, oder aber meint, dass keine der Parteien das tue.

Die Politik beachte sie nicht, ist der Tenor insbesondere in den qualitativen Gesprächen:

„Es kommt mir vor, als ob wir nicht beachtet werden. Ich weiß nicht, was ich darauf antworten soll.“

Junge Mutter, 30–50 Jahre, Dresden

Inwiefern die befragten Frauen finden, dass andere Gruppierungen zu Unrecht mehr gesellschaftliche Beachtung bekommen als sie, wurde in Bezug auf „Ausländer_innen und Migrant_innen“ konkret erfragt (siehe Abbildung 6).

Mehr als jede Zweite ist überzeugt, dass Ausländer_innen und Migrant_innen „staatliche Leistungen/finanzielle Unterstützung oft einfacher/schneller als Leute wie [sie]“ bekommen, während sie selbst dafür mehr kämpfen müssten. Fast ebenso viele sind der Auffassung, Ausländer_innen und Migrant_innen erhielten „zu viel Geld vom deutschen Staat“. Und jede vierte befragte Frau denkt, dass Jobs in Gefahr seien, weil Ausländer_innen

und Migrant_innen bereit seien, „für weniger [Geld] zu arbeiten“. Obgleich zwar festzustellen ist, dass die befragten Frauen kaum zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Wahlscheidungen neigen, teilen sie dennoch so manche rechtspopulistische Überzeugung:

„Egal welche Politiker, ich gehe wählen, aber es fällt mir schwer. [...] Es ist eine Verschwörung, keine Partei hält das Wahlversprechen, alle sind gegeneinander, Wettbewerb. Die AfD verspricht Gott und die Welt, es fällt auf fruchtbaren Boden, sie vergessen, wozu das führen kann. Ich würde niemals in diese Richtung gehen, nicht rechtsorientiert. Klar gibt es auch Punkte auf ihrem Zettel, die mich ansprechen.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

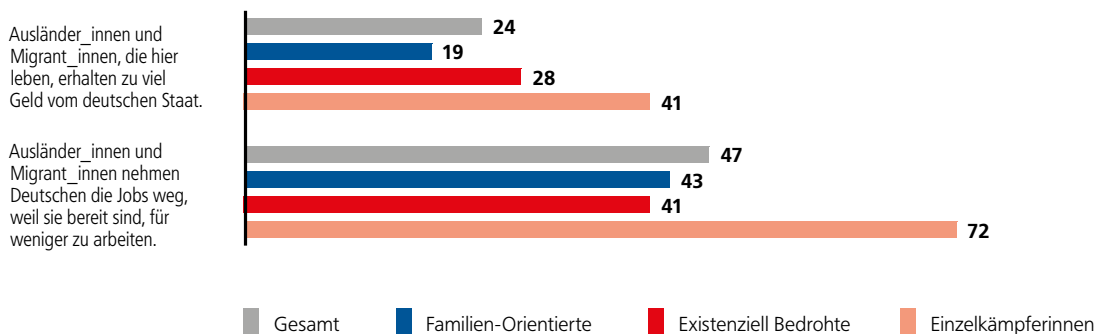
Frauen in prekären Einkommenslagen befinden sich hiernach augenscheinlich mitten im Verteilungskampf auf dem Arbeitsmarkt (um vergleichsweise schlecht bezahlte Arbeitsplätze) und im Wettbewerb um sozialstaatliche Ressourcen. Sie sehen sich folglich in starker Konkurrenz mit anderen Menschen in prekären Einkommenslagen, also häufig mit Ausländer_innen und Migrant_innen.

„Wir schleppen jetzt die ganzen ausländischen Kräfte an, weil die vielleicht noch für wenig Geld die Berufe ausüben.“

Ältere Frauen, 50–70 Jahre, Dresden

Abbildung 6
Meinungen über Ausländer_innen und Migrant_innen

Zustimmung zu ...



Frage: Deutschland hat sich über die Jahrzehnte zu einem Einwanderungsland entwickelt und man hört daher ganz unterschiedliche Meinungen über Ausländer_innen und Migrant_innen. Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?
Basis: Mütter, n = 1.300, Angaben in Prozent. Die Antworten wurden nach Segmenten unter den Befragten ausgewertet, Beschreibung der Segmente siehe 5.1 (Familien-Orientierte, Existenziell Bedrohte, Einzelkämpferinnen).

4.2 GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITISCHE MASSNAHMEN AUF DEM PRÜFSTAND

Die meisten befragten Frauen halten es insgesamt für sehr wichtig, dass sich die Politik für die Belange von Frauen und Familien einsetzt. Geschlechter- und familienpolitische Maßnahmen erachten die Frauen als überaus wichtig, sofern sie ihnen bekannt sind, was jedoch nur eingeschränkt der Fall ist. Über die bekannten vorhandenen Maßnahmen hinaus gibt es eine hohe Zustimmung zu notwendigen zukünftigen Maßnahmen. Allerdings haben die Befragten Schwierigkeiten, Frauen- und Familienpolitik einzelnen Parteien zuzuordnen. So kann die Hälfte der Befragten keine Partei identifizieren, die die Interessen von Frauen oder Familien explizit vertritt.

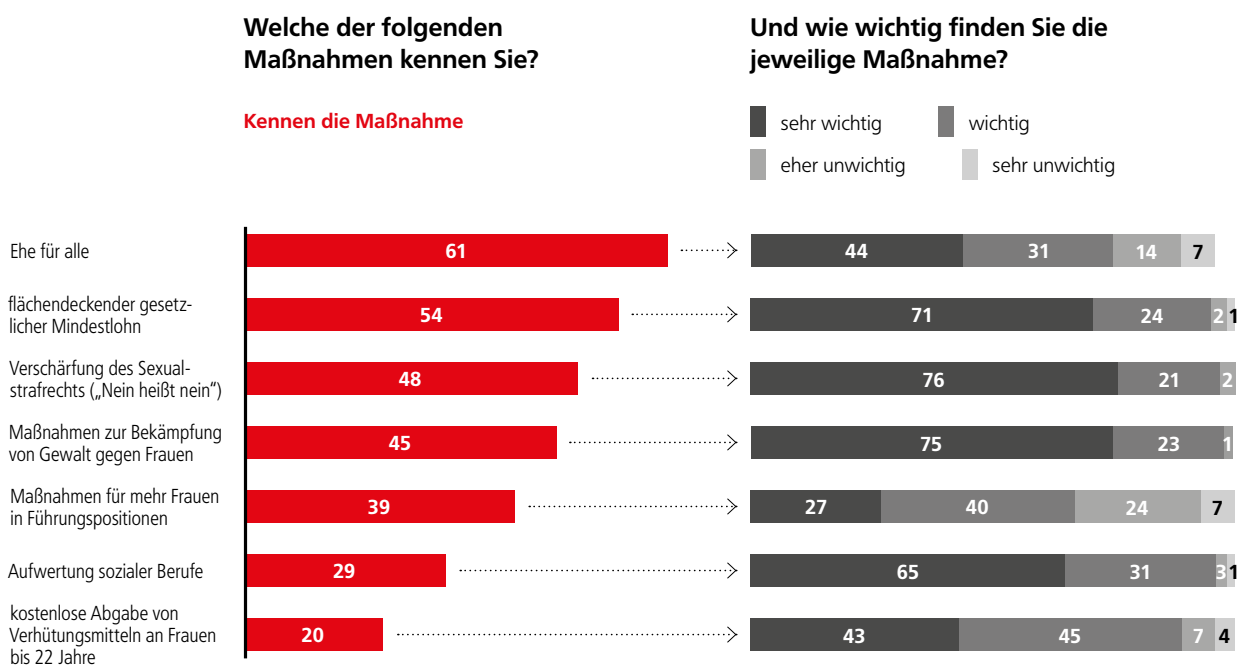
Bemerkenswerterweise sind die verschiedenen frauen- und familienpolitischen Maßnahmen wenig bekannt. Die „Ehe für alle“ ist die Bekannteste (61 Prozent) – wohl auch, weil der politische Diskurs dazu eine hohe mediale Aufmerksamkeit hatte. Wenigen, nämlich nur gut der Hälfte der befragten Frauen, ist der im Januar 2017 eingeführte gesetzliche flächendeckende Mindestlohn bekannt. Sofern er bekannt ist, wird er jedoch als äußerst wichtig erachtet. Für besonders wichtig halten Frauen auch jedwede Maßnahme zur Verschärfung des Sexualstrafrechts sowie Interventionen, die der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dienen. Maßnahmen für die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen hingegen sind für Frauen in dieser Studie weniger relevant (siehe Abbildung 7).

Auch familienpolitischen Maßnahmen, die Frauen mit Kindern betreffen, sind unter den Befragten nur begrenzt bekannt. Lediglich Kindergeld und steuerliche Kinderfreibeträge kennen mehr als die Hälfte (60 Prozent) der befragten Mütter. Auf Elterngeld und ElterngeldPlus trifft dies für 46 Prozent zu, und jede Vierte weiß vom Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und vom Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr des Kindes. Weitere Maßnahmen sind jedoch bestenfalls einem Drittel der Mütter bekannt – das Brückenteilzeit-Gesetz kennt beispielsweise nur jede fünfte befragte Mutter. Natürlich darf bei der Bewertung der Bekanntheit nicht vergessen werden, dass diese Maßnahmen teilweise erst in den letzten Jahren eingeführt wurden – so das Brückenteilzeit-Gesetz im Januar 2019.

Die Bekanntheit familien- bzw. frauenpolitischer Maßnahmen hängt insbesondere davon ab, wie dringlich Frauen auf diese angewiesen sind. Bei Müttern mit kleinen Kindern und ohne partnerschaftliche Unterstützung ist es beispielsweise wahrscheinlicher, dass sie das Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse (Unterhaltsvorschussgesetz und dessen Reform 2017) kennen. Dies hat sich auch in den qualitativen Interviews bestätigt. Grundsätzlich haben alleinerziehende Mütter die besten Kenntnisse hinsichtlich sozialstaatlicher Transferleistungen.

Gleichzeitig wird in den Gesprächen der qualitativen Befragung deutlich, dass viele Mütter es als aufwendig empfinden, sich einen Überblick über die einzelnen Leistungen zu ver-

Abbildung 7
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von frauenpolitischen Maßnahmen



Frage: Die Politik hat in den letzten Jahren Maßnahmen eingeführt, die das Leben von Frauen und Müttern verbessern sollen. Welche davon kennen Sie? Und wie wichtig finden Sie die jeweilige Maßnahme?

Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent, Abweichungen zu 100 %: Keine Angabe.

schaffen. Letztlich führt dies dazu, dass sie sich nicht kontinuierlich über gesetzliche Veränderungen informieren und daher die eigenen Möglichkeiten und die tatsächlichen Ansprüche auf staatliche Leistungen oftmals nicht kennen. Darüber hinaus wird der Zugang zu Anspruch und Leistung für viele Mütter durch das Verrechnungssystem unterschiedlicher Leistungen weiter verkompliziert. Eine Verbesserung auf dem Papier wird von ihnen oftmals nicht als solche empfunden. Diese Mütter nehmen subjektiv nicht wahr, dass ihnen weitere Maßnahmen tatsächlich positive Effekte bringen. Das trägt zu Misstrauen gegenüber der Politik und politischen Parteien bei.

„Die profilieren sich mit Familienpolitik und sagen, das Land ist familienfreundlich. Aber die Anrechte werden nicht publik gemacht. Aus Angst, dass es ausgenutzt wird.“

Ältere Frauen, 50–70 Jahre, Essen

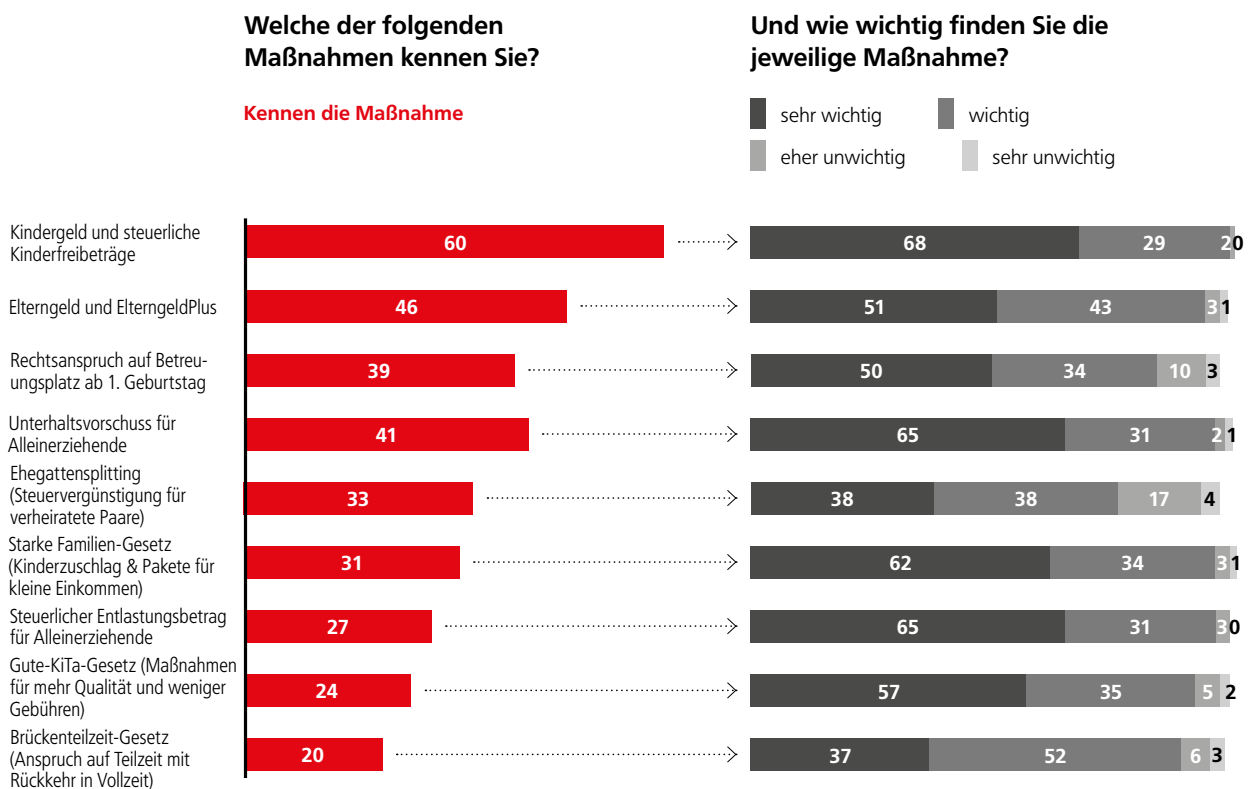
„[Das Elterngeld] war der Grund, warum ich Hartz IV bekommen habe. Das Elterngeld hat uns geschadet. 2007 kam das. Wir waren mit einer der Ersten, die den Mist abgekriegt haben. Wir mussten aufstocken. Man muss sich vor dem Amt total nackig machen, obwohl man einen Job hat.“

Jüngere Frauen, 30–50 Jahre, Dresden

Grundsätzlich bleibt aber zu erwähnen, dass, wenn ein Programm bekannt ist (und Befragte mit diesem ggf. auch vertraut sind), dieses häufig als wichtig bzw. relevant wahrgenommen wird (siehe Abbildung 8). Höchste Priorität haben für die Mütter der vorliegenden Studie das Kindergeld und steuerliche Kinderfreibeträge (68 Prozent). Aber auch die Unterhaltsvorschusskasse für Alleinerziehende (65 Prozent) und steuerliche Entlastungen für Alleinerziehende (65 Prozent) bewerten die Mütter, denen diese Möglichkeiten bekannt sind, als wichtige Sozialmaßnahmen. Für Parteistrateg_innen ergibt sich aus diesem Befund die Herausforderung, zielgruppenspezifische Maßnahmen so in die Öffentlichkeit zu tragen, dass sie auch zu einer positiven Resonanz unter den Bürger_innen führen, die nicht direkt von dem Politikprogramm profitieren.

Neben den bereits bestehenden politischen Maßnahmen wurde erfragt, welche potenziellen zukünftigen Maßnahmen den Frauen und Müttern Entlastung schaffen könnten (siehe Abbildung 9). Wenn die befragten Frauen darüber mitbestimmen könnten, welche frauenpolitischen Maßnahmen künftig eingeführt werden sollten, dann rangiert die Maßnahme „Gleicher Lohn für Frauen und Männer für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ mit 82 Prozent an erster Stelle. Zwei Drittel empfinden außerdem die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung als essenziell. Das zeigt, dass die Befragten sich eine Veränderung derjenigen Umstände wünschen, die maßgeblich dafür ver-

Abbildung 8
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von familienpolitischen Maßnahmen



Frage: Die Politik hat in den letzten Jahren Maßnahmen eingeführt, die das Leben von Frauen und Müttern verbessern sollen. Welche davon kennen Sie? Und wie wichtig finden Sie die jeweilige Maßnahme?
Basis: Mütter, n = 1.300, Angaben in Prozent, Abweichungen zu 100 %: Keine Angabe.

antwortlich sind, dass besonders viele Frauen von Armut betroffen sind und sich in prekären Einkommenslagen wiederfinden.

Auch die Aufwertung weiterer sozialer Berufe wünscht sich über die Hälfte der befragten Frauen. An vierter Stelle der Prioritätenliste stehen der Abbau von Minijobs, die Bekämpfung des Missbrauchs von Minijobs sowie erleichterte Wege für Beschäftigte aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit (46 Prozent). Nur ein Viertel der befragten Frauen spricht sich indes für Maßnahmen aus, die mehr Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen verhelfen. Diese Ergebnisse verdeutlichen erneut, dass Frauen besonders die Maßnahmen als wichtig erachten, von denen sie persönlich profitieren:

„Es ist wichtig, dass die Frauen unterstützt werden, die darauf angewiesen sind und nicht die Karrierefrau, die meint, sie muss mit 35 Jahren noch ein Kind kriegen und packt das Kind mit sechs Wochen in die Kita.“

Junge Mutter, 30-50 Jahre, Dresden

Auch das Leben von Müttern im Speziellen soll in Zukunft mithilfe weiterer familienpolitischer Maßnahmen verbessert werden. Hier zeigt sich, dass von den befragten Mütter die Mehrheit (58 Prozent) eine Kindergrundsicherung einführen würde. Knapp die Hälfte meint außerdem, dass höhere Steuerfreibeträge sinnvoll wären, und 41 Prozent wünschen sich eine Abschaffung der Kita-Gebühren. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Pflege nähmen 38 Prozent in Angriff, und ein Drittel würde die partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbsarbeit forcieren (siehe Abbildung 10).

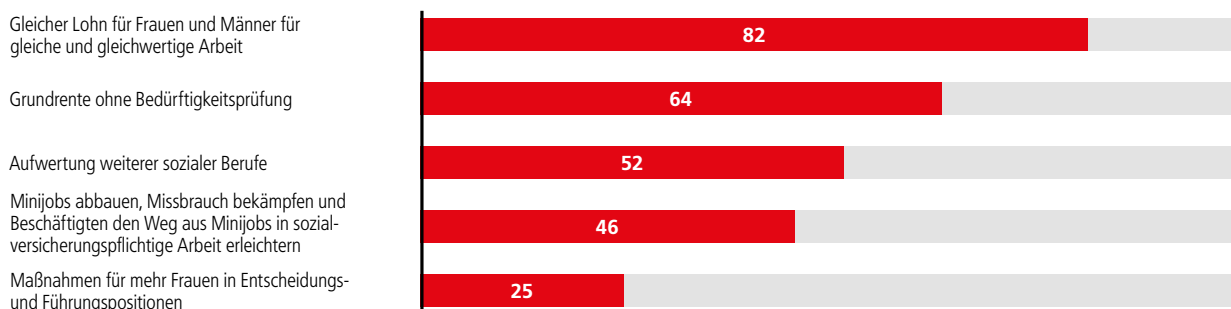
Generell lässt sich schlussfolgern, dass die jeweilige Lebenssituation der Frauen entscheidend dafür ist, welche Maßnahmen für sie den höchsten Stellenwert einnehmen. Dies trifft auf die aktuell gültigen wie auf die potenziellen zukünftigen geschlechter- und familienpolitischen Maßnahmen zu. Maßnahmen, die Mütter und insbesondere Alleinerziehende ent-

lasten, werden allgemein als sehr wichtig eingestuft, da sie einer Benachteiligung entgegenwirken und die Absicherung von Frauen und deren Kindern gewährleisten.

Geschlechter- und familienpolitische Politikangebote spielen gegenwärtig keine Rolle für die Wahlbeteiligung und -entscheidung von Frauen unterhalb der Mittelschicht. Die befragten Frauen haben schlicht keine Kenntnisse darüber, welche Partei sie mit ihrer Politik und ihren Leistungen unterstützt. Gleichwohl vermag ein Politikangebot, welches der Lebensrealität von Frauen entspricht, ihren Blick auf die Politik nachhaltig zu verändern. Ein Politikangebot, das Handlungsspielräume vergrößert, trägt dazu bei, soziale Ausgrenzung zu verringern. Daher widmet sich das folgende Kapitel der Frage, an welchen Stellschrauben die Politik konkret drehen kann.

Abbildung 9

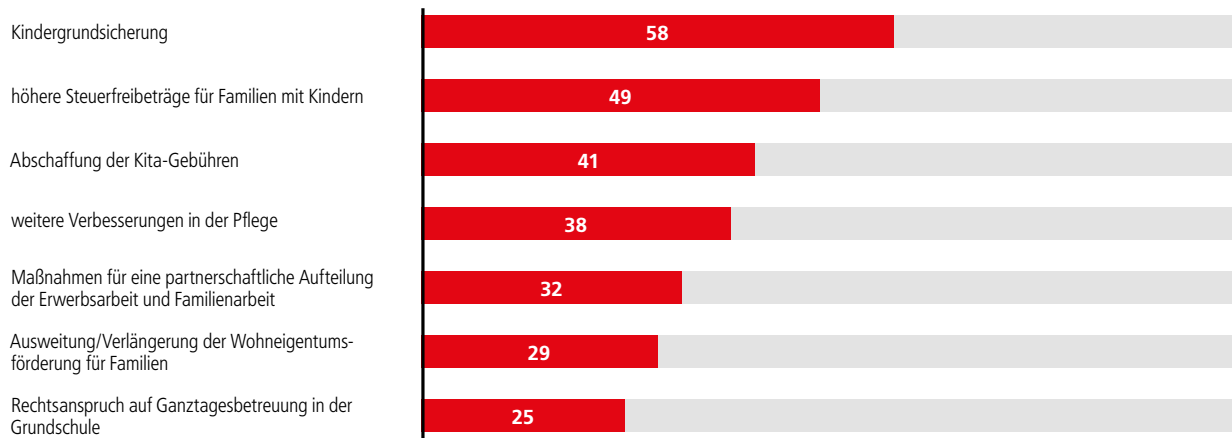
Wichtigkeit zukünftiger frauenpolitischer Maßnahmen



Frage: Das Leben von Frauen und Müttern soll auch in Zukunft verbessert werden. Stellen Sie sich vor, Sie könnten mitbestimmen, welche Maßnahmen eingeführt werden sollen. Bitte wählen Sie aus folgender Liste eine frauenpolitische Maßnahme aus, die Ihnen persönlich am wichtigsten wäre.

Basis: Alle Befragten, n = 2.000, Angaben in Prozent

Abbildung 10
Wichtigkeit zukünftiger familienpolitischer Maßnahmen



Frage: Das Leben von Frauen und Müttern soll auch in Zukunft verbessert werden. Stellen Sie sich vor, Sie könnten mitbestimmen, welche Maßnahmen eingeführt werden sollen. Bitte wählen Sie aus folgender Liste eine familienpolitische Maßnahme aus, die Ihnen persönlich am wichtigsten wäre.

Basis: Alle Befragten, n = 1.300, Angaben in Prozent

5.

TYOLOGIE VON FRAUEN MIT GERINGEN EINKOMMEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

5.1 TYPISIERUNG DER LEBENSREALITÄTEN

Welche Maßnahmen am effektivsten greifen, hängt von den individuellen Lebensumständen und einer Vielzahl externer Faktoren ab. Das heißt, Politikempfehlungen können nicht allgemein formuliert werden, sondern müssen sich auf die jeweilige Situation von Frauen bzw. Familien beziehen.

Die jeweiligen Situationen, in denen sich Frauen in prekären Einkommenslagen befinden, wurden mithilfe der Zuordnung der Befragten zu drei Segmenten entlang ihrer Einstellungsmuster und demografischen Merkmale zusammenfassend charakterisiert (siehe Abbildung 11).

Segment 1 FAMILIEN-ORIENTIERTE

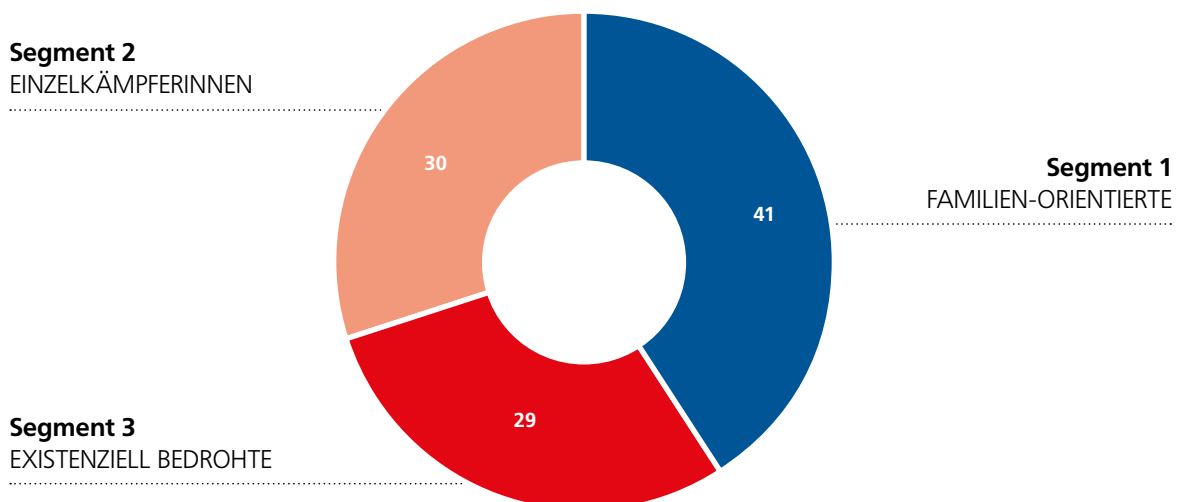
Die Familien-Orientierten bilden das zufriedenste der drei Segmente. Sie fühlen sich mit ihrem Umfeld stark verbunden und sind gesellschaftlich integriert. In diesem Segment finden sich vor-

wiegend Mütter in stabilen Partnerschaften; viele von ihnen sind verheiratet. Die eigene Familie steht für die Familien-Orientierten im Mittelpunkt. Ihnen ist es besonders wichtig, eine glückliche Partnerschaft zu führen und zufriedene Kinder zu haben.

Der familiäre Lebensentwurf wurde von den Frauen in diesem Segment erfolgreich erreicht. Das steht im Gegensatz zu ihren wirtschaftlichen und beruflichen Zielen, die auch diesen Frauen trotz der Priorisierung der Familie wichtig sind. Nur etwa die Hälfte von ihnen hat es geschafft, eine sichere bzw. eine zufriedenstellende Arbeitsstelle zu finden, und nur jede Dritte betrachtet ihre Entlohnung als angemessen. Nur weniger als ein Drittel hat keine finanziellen Sorgen.

Aufgrund des hohen Stellenwerts der Familie legen diese Frauen großen Wert darauf, dass sich eine Partei für die Belange von Familien einsetzt. In diesem Segment wird die SPD als die Partei wahrgenommen, die diese familienpolitischen Interessen am meisten vertritt.

Abbildung 11
Übersicht über die Segmente



Basis: n = 2.000 Befragte, Angaben in Prozent.
Quelle: Segmentierung auf Basis einer Umfrage von Ipsos im Auftrag von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Segment 2 EINZELKÄMPFERINNEN

Die Frauen in diesem Segment fühlen sich von der Gesellschaft ungerecht behandelt. Sie sind häufig alleinstehend und priorisieren weder beruflichen Erfolg noch soziale Beziehungen. Der Anteil an Müttern ist sehr gering, dagegen sind ältere Frauen in diesem Segment überrepräsentiert. Ein erheblicher Teil lebt in größeren Städten und fühlt sich kaum mit seinem Umfeld verbunden.

Die Alleinkämpferinnen tendieren dazu, pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Sie gehen davon aus, bald arbeitslos zu werden, und rechnen mit geringen Chancen auf (Neu-)Einstellung. Nur eine von drei Befragten hat es geschafft, eine sichere und stabile Arbeitsstelle zu finden, und sogar nur jede Vierte ist mit ihrer Arbeit zufrieden. Nur jede Zehnte findet, sie erhalte eine angemessene Entlohnung oder könne behaupten, frei von finanziellen Sorgen zu sein. Das Segment zeichnet sich damit durch eine akute finanzielle Notlage aus.

Gleichzeitig ist das politische Interesse dieser Frauen vergleichsweise gering: Sie haben keine klare politische Präferenz, und geschlechter- und familienpolitische Maßnahmen haben bei ihnen einen geringen Stellenwert.

Segment 3 EXISTENZIELL BEDROHTE

Frauen in diesem Segment sind unzufrieden mit den eigenen Umständen wie Arbeit, Einkommen, Freizeit, Partnerschaft. Alleinerziehende Mütter sind in diesem Segment überrepräsentiert.

Frauen in diesem Segment zeichnen sich in erster Linie dadurch aus, dass sie es als extreme Belastung empfinden, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Sie sind häufig überfordert und erschöpft. Auf der einen Seite sind sie bemüht, ein geregeltes Familienleben aufrechtzuerhalten, während sie auf der anderen Seite genügend Geld verdienen müssen, um der Familie eine angemessene finanzielle Existenz zu sichern.

Existenzielle Sorgen dominieren dieses Segment: Viele der von solchen Sorgen bedrohten Frauen arbeiten nicht in ihrem gelernten Beruf. Die Angst, arbeitslos zu werden oder keine neue Stelle finden zu können, ist unter den Frauen in diesem Segment weit verbreitet. Ein erheblicher Anteil ist arbeitssuchend und verschuldet. Ein sicherer Arbeitsplatz ist diesen Frauen sehr wichtig. Mit 92 Prozent wünschen sich nahezu alle von ihnen eine bessere finanzielle Absicherung, aber nur ein Drittel der Frauen hat eine sichere Arbeit. Vier von fünf Frauen aus diesem Segment haben finanzielle Sorgen. Nur 4 Prozent verfügen zum Zeitpunkt der Befragung über genügend Geld, „um sich auch mal etwas leisten zu können“, und nur 17 Prozent finden, dass sie angemessen entlohnt werden.

Die existenziellen Sorgen dieser Frauen beeinträchtigen auch das Familienleben: Nur die Hälfte behauptet, zufriedene Kinder zu haben oder viel Zeit mit den Kindern verbringen zu können. Einen angemessenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie hat nur ein Drittel erreicht.

Politisch ordnen sich viele von ihnen eher rechts ein und vertreten am häufigsten die Annahme, dass sich die AfD für Frauen bzw. Familien einsetze. Die hohe Sympathie mit der AfD in diesem Segment stimmt außerdem mit den Ansichten dieser Frauen gegenüber anderen Themen überein. Beispielsweise ist dieses Segment auffällig migrant_innenfeindlich.

5.2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung und der anschließenden Segmentierung, dass die Diskrepanzen zwischen Lebensentwürfen und Lebensrealitäten genauso zahlreich und unterschiedlich sind, wie es die individuellen Situationen der einzelnen Frauen und deren Lebensumstände sind. Die Aufschlüsselung der Befragten in einzelne Segmente erlaubt keine einheitliche Lösung, die geeignet wäre, allen Frauen Entlastung zu verschaffen. Zentrale Schlussfolgerung für die Politik muss deshalb sein, Frauen in prekären Einkommenslagen nicht als homogene Gruppe zu betrachten, sondern anzuerkennen, dass es sich um eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen handelt. Gleichzeitig hilft die Herausarbeitung der einzelnen Segmente zu identifizieren, an welchen Stellen die Politik ansetzen kann.

Gute Politik muss an zwei Stellen ansetzen: zum einen mit Maßnahmen, die die Lebensrealitäten von Frauen mit geringem Einkommen konkret verbessern; zum anderen mit Maßnahmen, die die Glaubwürdigkeit von Politik aus Sicht dieser Frauen wiederherstellen.

5.2.1 VERBESSERUNG DER LEBENSREALITÄTEN VON FRAUEN MIT GERINGEM EINKOMMEN

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch für Frauen mit geringem Einkommen

Sorge vor und Erfahrung von Stigmatisierung ist ein häufig wiederkehrendes Narrativ in Gesprächen mit Frauen, die Sozialleistungen erhalten oder alleinerziehend sind. Die Furcht und Erfahrung, nicht in das Schema der erfolgsorientierten Gesellschaft zu passen, und der Glaube, von Außenstehenden als „Sozialschmarotzerin“ wahrgenommen zu werden, basiert auf dominanten sozialchauvinistischen Diskursen: Die befragten Frauen haben Angst „als Asi[s] dazustehen“ (Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Essen), die nicht mit Geld umgehen können, nicht in der Lage sind, stabile Beziehungen zu führen und darüber hinaus eine Belastung für die neoliberale Leistungsgesellschaft darstellen:

„Weil ich nicht möchte, dass die Leute denken [...] ja, Hartz und Herzlich, wie im Fernsehen. Dass das so überkommt, [...] da ist eine Mama, vier Kinder, am besten noch von vier verschiedenen Vätern, ach guck mal, vom Amt auch noch.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Prinzipiell benötigen wir ein neues Gesellschaftsbild, in dem auch diejenigen Anerkennung finden, die gegenwärtig auf-

grund von verfestigten Sozialstrukturen, Krankheit oder anderen besonderen biografischen Wendepunkten von gesellschaftlicher Teilhabe und individueller Selbstverwirklichung ausgeschlossen werden. Maßnahmen zum Abbau von Stigmatisierung würden allen Befragten zugutekommen.

Offenheit gegenüber vielfältigen Familienmodellen

Einige Teilnehmerinnen der Studie verwiesen darauf, dass institutionelle Arrangements modernen Formen des Zusammenlebens nicht gerecht werden. In den qualitativen Interviews kam der Wunsch auf, dass die Politik die Rahmenbedingungen für neue Familienmodelle schaffen solle (Beispiel „Ehe für Alle“). So bemängeln Frauen beispielsweise die rigide Regelung der Bedarfsgemeinschaft bei der Berechnung von Sozialleistungen. Die staatlich gewährte Grundsicherung ist gegenüber anderen Hilfen nachrangig. Es gilt Ehegatten- und Partnersubsidarität vor sozialstaatlicher Hilfe. Transferleistungen innerhalb von Partnerschaften werden vom Staat als faktisch gegeben angenommen und bei der Berechnung der Grundsicherung berücksichtigt. Die Regelung verhindere neue Formen des Zusammenlebens wie z. B. Wohngemeinschaften, in denen Transferleistungen zwischen den Bewohner_innen der Gemeinschaft gering sind:

„Was ist eine moderne Familie? Es gibt Tausende Modelle. Ich habe als WG mit einer Freundin zusammengelebt. Da musste ich auch aufpassen, dass keine Gelder abgezogen werden, nach dem Motto ‚Bedarfsgemeinschaft‘. Wir waren keine Bedarfsgemeinschaft, aber da sind sie schnell auf der Matte und gucken, wie es ist. Es ist ein Witz, dass man einerseits sagt, Deutschland braucht mehr Kinder, dann wird es den Menschen berufsbedingt richtig schwer gemacht.“

Mutter in Partnerschaft, 45–65 Jahre, Essen

Gerechtigkeit verlangt eine gewisse Grundordnung: Nicht jede Lebenssituation kann zwangsläufig in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Aber, in einer dynamischen Gesellschaft muss sich Geschlechter- und Familienpolitik permanent hinterfragen und auf veränderte Formen des Zusammenlebens eingehen.

Besondere soziale Sicherungsnetze für besondere biografische Wendepunkte

In den Einzelinterviews wurde die Frage gestellt, welche Erlebnisse im Rückblick als besonders einprägsame Wendepunkte im Leben wahrgenommen werden. Bei aller Individualität der Lebensverläufe: Frauen mit Kindern erfahren den Übergang von einem (oftmals) als erfolgreich betrachteten beruflichen und sozialen Leben in die Mutterschaft als einschneidend. Individuelle Selbstverwirklichung wird vom Zeitpunkt der Geburt an häufig einer zweckorientierten sozialen Verantwortung gegenüber der Familie hintenangestellt. Erfüllung suchen viele Frauen dann hauptsächlich in der Familie (mit oder ohne Partner_in). Ein weiterer Lebensabschnitt in der Biografie von Müttern beginnt mit dem Wiedereintritt in das Berufsleben.

Auch das Ende von Partnerschaften nehmen Frauen als besonders einschneidend wahr – insbesondere wenn sie auf das

Einkommen und/oder die Unterstützung des Partners bzw. der Partnerin bei der Fürsorge- und Familienarbeit angewiesen waren bzw. sind

„Die Sache mit dem Vater [meines Kindes], das hat mir die Beine unter dem Arsch weggerissen. Man hört diese Dinge im Fernsehen und sagt, wie kann man so blöd sein, sich auf solche Leute einzulassen, dann passiert es mir selbst. Ich hatte in Köln finanziell ein gutes Leben, von heute auf morgen war es vorbei.“

Alleinerziehende Mutter, 30-50 Jahre, Dresden

„Er hat mich auch direkt verlassen, als ich sagte, ich bin schwanger. [...] Es hat vier Jahre gedauert, bis ich darüber [die Trennung] hinweg war. [...] Ich habe den Job verloren. Vorher gutverdienend, selbstbewusst, in einer Beziehung stehend, in eine alleinerziehende Mutter, arbeitslos, gerutscht, Hartz IV. Ich wusste oft nicht, wie ich Brot, Milch kaufen soll. Ich war auch bei der Tafel, das war das Schrecklichste, was mir passiert ist, ich habe keinen Ausweg gesehen.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Mütter finden sich in der Konsequenz häufig in Abhängigkeit vom Sozialstaat wieder und müssen ihr Leben fundamental neu aufstellen.

Aufgrund der üblichen sozialen Absicherung und gesellschaftlichen Teilhabe über Erwerbsarbeit und der immer noch nicht gleich verteilten Fürsorge- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern ergibt sich eine Schiefelage zuungunsten von Frauen. Die häufig fragmentierten Erwerbslebensläufe von Frauen infolge von Fürsorgeverantwortung für Kinder und andere Familienangehörige beeinträchtigen ihre Möglichkeiten der beruflichen Geradlinigkeit. Das verringert ihr Einkommen in Gegenwart und Alter. Die Mehrfachbelastung und vorhandenen Risiken schränken aber auch ihre gesamte gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Selbstverwirklichung ein.

In dieser Hinsicht gab es vielerlei Impulse von der Politik: von neuen Teilzeitgesetzen bis hin zur Regelung von Unterhaltsvorsüssen. Diese Impulse werden von den Frauen, die das betrifft, auch positiv wahrgenommen. Trotzdem bleibt die Entwicklung sozialer Sicherungsmechanismen, die Frauen den sichere(re)n Ein- oder Austritt in/aus verschiedene/n Lebensabschnitte(n) ermöglichen, ohne Angst haben zu müssen, in prekäre Einkommenslagen abzurutschen oder ihre berufliche Entfaltung und Absicherung im Alter zu gefährden, ein politischer Handlungsauftrag. Auch mit Blick auf den Übergang zwischen Gehalt und Sozialhilfe sehen wir die Politik in der Pflicht, diesen so zu gestalten, dass es keine finanzielle Notsituation für Frauen bzw. Familien gibt.

Der Ausbau sozialer Sicherungsnetze, die Mütter im Falle einer Trennung oder eines Arbeitsverlusts unterstützen, richtet sich besonders an das Segment der Familien-Orientierten und das Segment der Existenziell Bedrohten. Dennoch sind Maßnahmen der sozialen Sicherung auch für die Einzelkämpferinnen von besonderer Bedeutung, denen es an partnerschaftlicher

Unterstützung fehlt, um eine eventuell entstehende Notlage kurzzeitig aufzufangen.

Echte Wahlfreiheit bezüglich Teilzeit und Vollzeit – vereinbarkeitsfreundliche Arbeitskultur

Teilzeittätigkeit wird von unseren Befragten als ambivalent betrachtet. Einige Frauen sehen darin eine Möglichkeit, trotz Familie mit dem Berufsleben verbunden zu bleiben und sich eine finanzielle Unabhängigkeit zu erhalten. So kann eine Teilzeittätigkeit Müttern dazu verhelfen, auch Erfolg außerhalb der Familie zu haben, während gleichzeitig noch ausreichend Zeit für das Familienleben bleibt. Erwerbstätigkeit kann daher einen Ausgleich zum Familienleben darstellen und das persönliche Selbstwertgefühl der Mütter steigern. Eine Voraussetzung für ein Teilzeiterwerbsmodell ist jedoch, dass es „finanziell passt“ – denn Teilzeit muss man sich leisten können:

„Da ich meinen Partner habe, der auch verdient, passt es finanziell. Wir kochen zusammen, tragen die Miete zusammen, das macht es möglich. Das Vertrauen in ihn macht es auch möglich, dass es etwas Ernstes ist, dass ich mir keine Sorgen machen muss, auch das Vertrauen ins Leben, das Wissen, wenn ich will, könnte ich wieder mehr arbeiten, wenn es sein müsste.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Essen

Wie die Analyse der Lebenslagen und Lebensentwürfe von Frauen ergeben hat, gibt es unterschiedliche Motivationen, ein Voll- oder Teilzeitmodell zu wählen. Die finanzielle Lage ebenso wie andere Rahmenbedingungen haben hier einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfreiheit der Frauen und Mütter. Es bedarf daher intelligenter Arbeitszeitmodelle und gesetzlicher Regelungen, welche die Bedürfnisse moderner Familien berücksichtigen und Flexibilität erlauben. Gleichzeitig muss jedoch auch Arbeitgebern Planbarkeit garantiert werden. Diese unterschiedlichen Interessen müssen von der Politik berücksichtigt und miteinander vereinbart werden.

Auch hier ist der Gesetzgeber bereits aktiv geworden: Seit 2001 gibt es in Deutschland das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das erst kürzlich um das Brückenteilzeit-Gesetz (Januar 2019) erweitert wurde. Dieses ermöglicht Arbeitnehmer_innen eine befristete Teilzeitarbeit mit einem Rückkehrrecht in die vorherige Arbeitszeit. Trotz der progressiven Gesetzgebung, die es Arbeitnehmer_innen vereinfacht, über ihr Berufsleben hinweg verschiedene Arbeitszeitmodelle umzusetzen, fühlen sich Frauen indes weiterhin benachteiligt. Oftmals sehen sie sich in einem Rechtfertigungszwang gegenüber dem Arbeitgeber oder den Kolleg_innen:

„Ich musste erklären, warum ich Teilzeit arbeiten möchte. Man hat immer das Gefühl, man muss sich als Mutter rechtfertigen, [...] obwohl jeder weiß, dass man ein Kind hat.“

Junge Mutter, 3–50 Jahre, Essen

„Das hatte ich mit den Arbeitskollegen. Die fanden es unfair, weil man mich als Mutter früher nach Hause gehen lässt.“

Junge Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Vom Gesetzgeber sind in den letzten Jahren die „harten“ Rahmenbedingungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle geschaffen worden, nicht aber die „soften“, die sich auf die Arbeitskultur beziehen. Hier kann Politik ansetzen, um mehr Akzeptanz zu schaffen.

Mütter sind stärker als Frauen ohne Kinder auf flexible Arbeitszeitmodelle angewiesen, wenn sie die Erwerbstätigkeit mit der Kinderbetreuung vereinbaren wollen. Von solchen Maßnahmen würden die Segmente der Familien-Orientierten und der Existenziell Bedrohten profitieren. Letztere sind sogar nachhaltiger von derartigen Interventionen abhängig, da sich unter ihnen häufiger Alleinerziehende befinden, die weder finanziell noch bei den familiären Pflichten partnerschaftliche Unterstützung erhalten.

Weitere Verbesserungen der Betreuungsinfrastruktur

Einhergehend mit individuelle(re)n vereinbarkeitsfreundlichen Arbeitsmodellen bedarf es auch der Verbesserungen im Betreuungsangebot für Kinder. Die lokale Betreuungsinfrastruktur beeinflusst maßgeblich die Möglichkeiten von Müttern, (wieder) arbeiten zu gehen. Auch hier bewegte sich in den letzten Jahren einiges: Seit 2013 gibt es bundesweit für Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder durch Tagespflege. Seit 2019 versucht das Gute-KiTa-Gesetz, die Qualität in den Einrichtungen zu vereinheitlichen und zu verbessern. Doch in der Praxis fehlen leider auch 2019 noch Kita-Plätze. Es fällt vielen Frauen weiterhin schwer, einen Kita-Platz nahe ihrem Wohnort zu finden. Zusätzlich unterliegen Kita-Kosten lokalen Schwankungen und hängen stark vom Wohnort, dem Träger, dem Alter des Kindes und von den genauen Betreuungsbedürfnissen ab. Weiterhin werden die Kosten von sozialen Aspekten wie dem Einkommen und der Kinderanzahl in den Familien beeinflusst. Auch das Schulhort-Angebot hat Lücken.

Viele Frauen in unserer Studie äußern sich positiv über die bestehende Gesetzgebung und die Möglichkeiten, Kinder bei Kitas, Tagesmüttern und -vätern anzumelden. Trotzdem gibt es Unmut über Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Kosten, weiterhin bestehende Bedarfslücken und unflexible Öffnungszeiten der Kitas.

Wenn es um die Frage geht, welches Segment davon insbesondere profitiert, wird schnell klar, dass die Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur lediglich Frauen mit Kindern zugutekommt. Alleinerziehende Mütter, die sich hauptsächlich im Segment der Existenziell Bedrohten wiederfinden, sind hierauf noch stärker angewiesen als Mütter in Partnerschaft, die im Segment der Familien-Orientierten überrepräsentiert sind.

Aufwertung sozialer Berufe

Die immer noch unzureichende Betreuungsinfrastruktur ist auch auf unattraktive Arbeitsbedingungen im Erzieher_in-Beruf

ruf zurückzuführen. Viele der befragten Frauen bemängeln die Qualität der Betreuung, die mit der geringen Bezahlung von Kita-Erzieher_innen zusammenhängt. Sie sind überzeugt, dass sich die Qualität der Betreuung durch den Anstieg der Gehälter in den sozialen Berufen verbessern würde. Dass soziale Berufe aufgewertet werden müssen, ist daher eine häufige Äußerung der Befragten in unserer Studie:

„Da will keiner mehr rein. Man verdient zu wenig Geld für das, was daran hängt.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Essen

In diesem Berufsfeld sind vorwiegend Frauen tätig. Die Kritik an einer zu geringen Bezahlung in sozialen Berufen ist deshalb als ein Hinweis auf die weiterhin unfairen Gehälter von Frauen im Allgemeinen zu verstehen (Gender Pay Gap). Die Verantwortung wird hier zweifellos bei der Politik gesehen:

„[...] Der Erzieherberuf ist unterbezahlt. Daran muss die Politik auch was verändern. Wir wollen mehr Kita-Plätze, mehr Betreuung. Aber wir geben den Erziehern zu wenig Geld. Das passt nicht.“

Junge Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Partnerschaftliche Aufteilung der Fürsorge- und Familienarbeit zwischen Vätern und Müttern

Die Aufteilung von Fürsorge- und Familienarbeit hat sich in den letzten Jahren in Richtung mehr Partnerschaftlichkeit verbessert. Doch geht das vielen Frauen nicht weit genug, sie finden eine gerechtere Verteilung der häuslichen Pflichten selbstverständlich:

„Es gehört dazu, dass der Vater sich kümmert.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Frauen wünschen sich eine Politik, die väterliche Verantwortung fordert und fördert. Viele Frauen fühlen sich von Männern, die die Vaterschaft ihrer Kinder leugnen, im Stich gelassen. Sie erwarten vom Staat, strenger mit nichtzahlenden Vätern umzugehen:

„Früher sind sie in den Knast gekommen, heute lachen sie sich einen ins Fäustchen.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Essen

Nichtsdestotrotz sind den Frauen die positiven Entwicklungen bewusst:

„Dass entschieden wurde, dass der Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr geht, sonst müsste man den Vater belangen vor Gericht. Ich bin froh, dass es so entschieden wurde.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Dresden

Dass es für Männer die Möglichkeit gibt, Elternzeit zu nehmen, wird von Frauen positiv vermerkt und auch als gute Familienpolitik betrachtet. Wird dann auch die häusliche Arbeit gerecht verteilt, haben Frauen eine höhere Lebensqualität. Das ist jedoch noch nicht der Fall. Mit dem Anspruch auf Elternzeit zur Betreuung und Erziehung von Kindern hat der Gesetzgeber wichtige Rahmenbedingungen dafür geschaffen, patriarchale Strukturen aufzubrechen. Einige Frauen haben allerdings den Eindruck, dass Elternzeit für Väter „eine Sabbat-Zeit [ist], sie haben frei, genießen die schönen Momente, nutzen es aus, Sonderurlaub“ (Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Essen). Sie ändert noch nicht genug an der weiterhin vorhandenen Mehrfachbelastung von Beruf, Pflichten im Haushalt und Fürsorge. Es bedarf daher weitreichender gesellschaftlich-kultureller Veränderungen, damit auch Männer ein größeres Verantwortungsbewusstsein entwickeln. Auch hier kann die Politik weiter ansetzen.

Bezogen auf die Segmente sind es die Familien-Orientierten, die in erster Linie von einer partnerschaftlichen Aufteilung der Fürsorge- und Familienarbeit profitieren, während die Existenziell Bedrohten vor allem auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Soziale Ungleichheit bekämpfen, Altersarmut verhindern

Aus vielen Studien ist bekannt, dass soziale Ungleichheit und Angst vor Armut zu den größten Sorgen der Deutschen gehören.¹⁵ Ungleichheit, Armutsängste und unsichere Aussichten für die Zukunft bewegen auch die Frauen in dieser Studie. Auf der einen Seite stehen die sozialen Ängste. Den Lebensabend einsam zu verbringen, fürchten viele:

„Ich habe mir nicht vorgestellt, im Alter allein zu sein.“

Alleinlebende Mutter, 50–70 Jahre, Essen

Auch die Aussicht auf Pflegebedürftigkeit und damit verbundene potenzielle Abhängigkeit von Angehörigen bewegt viele:

„Ich kann [meine Eltern] nicht aufnehmen. Wie soll ich sie pflegen? Das wollen sie auch nicht. Sie kommen in ein Alters- oder Pflegeheim. Sie kommen in die letzte Kaschemme, weil sie es nicht zahlen können.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Auf der anderen Seite stehen die finanziellen Ängste, die mit dem Gefühl von Ungerechtigkeit einhergehen. Es erscheint zu Recht widersprüchlich, dass heutige Generationen mehr leisten müssen – größere Summen über einen längeren Zeitraum in die Altersvorsorge einzahlen –, dafür aber weniger Gegenleistung zu erwarten haben als vorherige Generationen:

¹⁵ Siehe zum Beispiel die Ipsos-eigene Langzeitstudie What Worries the World, die monatlich in 28 Ländern durchgeführt wird. In Deutschland werden dazu jeden Monat 1.000 Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen befragt. Oder auch Ipsos (2019): The Perennials – the future of ageing.

„Diese Aussage, die Rentner werden fitter und älter, das Alter wird erhöht, bis man in Rente gehen kann. Wir möchten nicht krank in Rente gehen, wir haben ein Leben lang gearbeitet und möchten das Rentenleben genießen. Wir möchten nicht bis 80 arbeiten und dann tot umfallen.“

Alleinerziehende Mutter, 30–50 Jahre, Essen

Gerade im Zusammenhang mit Altersarmut erwarten die Frauen, dass sich etwas ändert. Einige Frauen wünschen sich die Einführung der Grundrente, andere haben eine komplexere Wahrnehmung der Grundversorgung und verweisen auf steigende Lebenshaltungskosten. Als Beispiel werden Mieten in Ballungsräumen angeführt, die von Rentner_innen kaum mehr finanziert werden können. Kurzum: Soziale Ungleichheit ist ein wichtiges Themenfeld, in dem Frauen sehr konkrete Fragen und Forderungen an die Politik haben.

Eine finanzielle Absicherung im Alter kommt allen Frauen über alle Segmente hinweg zugute. Dennoch würden die Einzelkämpferinnen hier am meisten profitieren, da viele Frauen in diesem Segment alleinlebend und bereits etwas älter sind und daher von Alterssorgen akut betroffen sind.

5.2.2 WIEDERHERSTELLUNG GLAUBWÜRDIGER POLITIK

Vertrauensvolle und authentische Politik

Damit Bürgerinnen wieder Vertrauen in das politische System schöpfen, müssen geschlechter- und familienpolitische Themen verbindlicher und sichtbarer verankert werden. Die Ziele politischer Programme sollten klar definiert und messbar umsetzbar sein und umgesetzt werden.

Abgesehen vom Inhalt politischer Programmatiken ist es Frauen wichtig, sich mit gesellschaftlichen Entscheidungsträger_innen identifizieren zu können. Das Defizit an Frauen in führenden Positionen, unter anderem in der Politik, nimmt ein Großteil von Frauen weiterhin als problematisch wahr. Frauen wünschen sich mehr Sichtbarkeit weiblicher Rollenbilder innerhalb von Politik und Gesellschaft, mit denen sie die eigene Lebenssituation verbinden können. So empfinden manche Bürgerinnen Politikerinnen mit Kindern als weitaus glaubwürdiger und fachlich kompetenter als andere Repräsentant_innen. Eine vertrauensvollere und authentischere Politik ist für alle Befragten wichtig. Doch im besonderen Fokus stehen die Einzelkämpferinnen, die am stärksten als politikfern gelten. Zwar ist es besonders schwer, diese Frauengruppe mit Politik anzusprechen, gleichzeitig gibt es aber hier den größten Bedarf, eine Vertrauensbasis herzustellen.

Bessere Informationen – leichter Zugang zu Unterstützungsleistungen

Nicht jede Frau fühlt sich richtig informiert über bestehende Sozialleistungen und sieht hier die fehlende Transparenz der Politik in der Verantwortung. So bemängelt eine Befragte:

„Man erfährt nie etwas freiwillig, man muss sich alles erkämpfen, es wird totgeschwiegen, damit es keiner beantragt. Gesetze werden geändert, vieles bekommt man nicht gesagt.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre Essen

Es gibt daher erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Kommunikation über bestehende Leistungen. Die Politik sollte sich darüber Gedanken machen, wie Bedürftige besser erreicht werden können. Werden die Kommunikationskanäle des 21. Jahrhunderts adäquat genutzt?

Auch die eigentliche Antragstellung wurde kritisiert. Für einige Frauen ist die überkomplizierte Sprache der deutschen Verwaltung eine große Hürde dabei, Zugang zu Leistungen zu bekommen:

„Man hat so viele Hürden, Formulare, Formulare, wenn man sie nicht versteht, hat man Pech gehabt.“

Mutter in Partnerschaft, 30–50 Jahre, Essen

Programme und Angebote müssen so optimiert werden, dass ein größtmöglicher Anteil der Zielpersonen erreicht wird.

Ganzheitliche Politik – Geschlechter- und Familienpolitik als Querschnittspolitik

Frauen in prekären Einkommenslagen sind eine hoch heterogene Gruppe. Es gibt nicht die eine politische Lösung. Stattdessen muss zielgerichtete Politik auf die vielfältigen Bedürfnisse einzelner Gruppen eingehen. Wie umfassend dargestellt, zieht sich Geschlechter- und Familienpolitik durch alle Politikfelder und alle politischen Ebenen. Damit wirksame Maßnahmen entwickelt werden können, welche die uneingeschränkte Teilhabe von Frauen unterhalb der Mittelschicht am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, müssen komplexe Zusammenhänge permanent analysiert werden: Welchen Einfluss haben arbeitsmarktpolitische Interventionen auf das Familienleben, in welchem Zusammenhang stehen sie mit den gegebenen Betreuungsinfrastrukturen auf kommunaler Ebene etc.? Einzelne Politikfelder können nicht losgelöst von anderen betrachtet werden. Es bedarf grundsätzlich einer ganzheitlichen Perspektive, um die Handlungsspielräume von Frauen zu vergrößern und das Entstehen und Verharren von Frauen in prekären Einkommenslagen zu verhindern.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- 9 Abbildung 1
Erwerbstätigkeit
- 10 Abbildung 2
Lebensentwurf vs. Lebenslage: wirtschaftliche Aspekte
- 11 Abbildung 3
Schwierige Lebensumstände in der Vergangenheit
- 11 Abbildung 4
Lebensentwurf vs. Lebenslage: soziale Aspekte
- 13 Abbildung 5
Kinderbetreuungsbedarf und seine Deckung
- 18 Abbildung 6
Meinungen über Ausländer_innen und Migrant_innen
- 19 Abbildung 7
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von frauenpolitischen Maßnahmen
- 20 Abbildung 8
Bekanntheit und empfundene Wichtigkeit von familienpolitischen Maßnahmen
- 21 Abbildung 9
Wichtigkeit zukünftiger frauenpolitischer Maßnahmen
- 22 Abbildung 10
Wichtigkeit zukünftiger familienpolitischer Maßnahmen
- 23 Abbildung 11
Übersicht über die Segmente
- 7 Tabelle 1
Überblick über die Teilnehmerinnen der qualitativen Untersuchung
- 7 Tabelle 2
Überblick über die Teilnehmerinnen der quantitativen Untersuchung

Literaturverzeichnis

Arzheimer, Kai (2008): Political Efficacy, in: Kaid, Lynda Lee; Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Encyclopedia of Political Behaviour, London: Sage.

Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo (2017): Angst im Sozialstaat – Hintergründe und Konsequenzen, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Boll, Christina; Beblo, Miriam (2013): Das Paar – Eine Interessenseinheit?, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2019): Rushhour des Lebens, <https://www.bib.bund.de/DE/Forschung/Familie/Projekte/Archiv/Rushhour-des-Lebens.html> (29.10.2019).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, BMAS (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Zugriff: <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a267-lebenslagen-in-deutschland-2001.html> (7.11.2019).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Eine Zusammenfassung, Berlin, <https://www.bmfsfj.de/blob/122398/9f7c1606b-5c59e2da966456f1e069270/zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung-eine-zusammenfassung-data.pdf> (6.11.2019).

Endt, Christian (2019): Die Wütenden und die Enttäuschten: Junge AfD Wähler, in: Süddeutsche Zeitung, 29.10.2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-waehler-jung-soziologie-1.4660812> (30.10.2019).

Faus, Jana; Faus, Rainer; Gloger, Alexandra (2016): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland: Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Fink, Philipp; Hennicke, Martin; Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hilje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen, Berlin: Das Progressive Zentrum, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/03/Ru%CC%88ckkehr-zu-den-politisch-Verlassenen_500-Gespra%CC%88che-in-rechtspopulistischen-Hochburgen-in-Deutschland-und-Frankreich_Studie-von-Johannes-Hilje_Das-Progressive-Zentrum.pdf (17.5.2019).

Ipsos Global Advisor (2019): What Worries the World, <https://www.ipsos.com/en/what-worries-world-july-2019> (30.10.2019).

Ipsos (2019): The Perennials – the Future of Ageing, https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-02/thinks_theperennials.pdf (30.10.2019).

Kempf, Dieter (2018): [Zitat des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Dieter Kempf], in: Wagner, René; Becker, Reinhard: Deutsche Wirtschaft brummt – Staat mit Rekordüberschuss, veröffentlicht am 11.1.2018 in den Wirtschaftsnachrichten der Agentur Reuters, <https://de.reuters.com/article/deutschland-bip-idDEKBN1F01R7> (21.10.2019).

Müller-Hilmer, Gagné (2018): Was verbindet und was trennt die Deutschen: Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017 (Forschungsförderung Report 2/2018), Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.

Statistisches Bundesamt (2019a): Armutsgefährdungsquote in Deutschland: Erhebungszeitraum 2005 bis 2017, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> (21.10.2019).

Statistisches Bundesamt (2019b): Gender Pay Gap, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-1/gender-pay-gap.html> (21.10.2019).

Statistisches Bundesamt (2019c): Äquivalenzeinkommen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/aequivalenzeinkommen.html> (21.10.2019).

Wippermann, Carsten (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit: Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Wippermann, Carsten (2016): Was junge Frauen wollen, Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung.

WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Zentrum (2019): Entwicklung der relativen Einkommensarmut (in Prozent) in Deutschland: Ost- und Westdeutschland, 2005-2019, Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung, https://www.boeckler.de/wsi_50642.htm# (21.10.2019).

Zeit Online (2019): Frauen erhalten bis zu einem Viertel weniger Rente als Männer, in: Zeit Online, 17.9.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-09/alterssicherung-frauen-weniger-rente-maenner> (21.10.2019).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek

IMPRESSUM

© 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesbeger Allee 149, 53175 Bonn

Bestellung/Kontakt: BeMo@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-96250-471-7

Titelmotiv: © Helgi/photocase.de

Gestaltungskonzept: www.bergsee-blau.de

Umsetzung/Layout: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

Gedruckt auf RecyStar Polar (100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel).

FÜR EIN BESSERES MORGEN

Gute Politik für Frauen mit geringem Einkommen

„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ Diese Messlatte, die Gustav Heinemann in der Ära des Deutschen Wirtschaftswunders an eine „gute Gesellschaft“ anlegte, gilt einmal mehr in Zeiten, in denen die Verwerfungen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates dazu beitragen, dass die „schwächsten Glieder“ zahlenmäßig mehr und schwächer werden.

Frauen mit geringem Einkommen sind in der Regel in Erwerbsverhältnissen, die von „guter Arbeit“ weit entfernt sind. Das bedeutet zum einen, dass jeder Cent zählt, besonders für die Mütter unter ihnen. Zum anderen ist die Vereinbarkeit der Fürsorge für Kinder oder ältere Angehörige noch schwieriger. Die notwendige Zeit dazu fehlt und das Einkommen reicht oft nicht aus für private Betreuungsangebote. Für alleinerziehende Frauen kommt erschwerend hinzu, dass finanzielle Engpässe oder abzudeckende Fürsorgebedarfe nicht partnerschaftlich aufgefangen werden.

Was kann die Politik tun, um Frauen mit geringem Einkommen zu entlasten? Die Autor_innen dieser Studie haben Frauen, die weniger als das mittlere bedarfsgegewichtete Nettoeinkommen in Deutschland zur Verfügung haben, nach ihren Lebensrealitäten und wie diese verbessert werden könnten, befragt. Auf dieser Grundlage gibt die Studie klare Handlungsempfehlungen.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie hier:

www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen

Weitere Informationen zum Thema

Geschlechtergerechtigkeit und -politik finden Sie hier:

www.fes.de/gender

Die Autor_innen

Caroline Bolz, Research Trainee beim Markt- und Meinungsinstitut Ipsos

Dr. Robert Grimm, Leiter von Ipsos Germany

Alexandra Schoen, Senior Research Executive Quantitative Forschung bei Ipsos

Laura Wolfs, Senior Research Executive Qualitative Forschung bei Ipsos

Armgard Zindler, Senior Research Executive Quantitative Forschung bei Ipsos